

BAYERISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
SITZUNGSBERICHTE · JAHRGANG 1995, HEFT 5

GERHARD A. RITTER

Der Umbruch von 1989/91
und die
Geschichtswissenschaft

Vorgetragen am 9. Dezember 1994

MÜNCHEN 1995
VERLAG DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
In Kommission bei der C.H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung München

ISSN 0342-5991
ISBN 3 7696 1582 4

© Bayerische Akademie der Wissenschaften München, 1995
Druck der C.H.Beck'schen Buchdruckerei Nördlingen
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier,
hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff
Printed in Germany

I

Der bedeutende britische Militärgeschichtler Michael Howard schrieb im März 1990, daß die großen Umwälzungen in Europa und der Welt uns zu einem grundlegenden Umdenken zwingen. „We became indeed so accustomed to the prison that history had built for us . . . that we became almost incapable of visualizing any other kind of existence. No other world, it seemed, *could* exist . . . Now the walls of our prison have suddenly collapsed and we emerge, bewildered in a new and unfamiliar world. How can we adjust to it? . . . How much of our old lives must we leave behind, and what new skills do we have to learn?“¹

Es ist inzwischen akzeptiert, daß das Ende des großen, im Kalten Krieg kulminierenden Systemkonflikts der Nachkriegszeit, das Scheitern des welthistorischen (in den sozialistischen Ideen und Bewegungen des 19. Jahrhunderts wurzelnden) Experiments zur Verwirklichung einer sozialistischen Utopie, die Befreiung der mitteleuropäischen Staaten von der sowjetischen Herrschaft, die Überwindung der Teilung Deutschlands und der schließliche Zerfall der Sowjetunion² einen tiefen Einschnitt in der europäischen Geschichte, ja der Weltgeschichte darstellen³, dessen Bedeutung möglicherweise nicht hinter der der Französischen Revolution von 1789 zurückbleibt⁴. Schon jetzt spricht man von dem langen 19. Jahrhundert, das

¹ Michael Howard, *The Remaking of Europe*, in: *Survival*, Bd. 32/2, März/April 1990, S. 99.

² Henry A. Kissinger, *Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik*, Berlin 1994, S. 847 verweist mit Recht darauf, daß „keine Weltmacht . . . jemals so gründlich und so schnell zugrunde gegangen ist, ohne einen Krieg verloren zu haben.“

³ Vgl. Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München/Wien 1993, S. 529f.

⁴ Die Forschung hat noch keine Einigung über den angemessenen Begriff für diese Zäsur und Epochenchwelle erzielt. Wenn wir speziell Deutschland betrachten, so wurde der hier vielfach zunächst verwendete Begriff ‚Wende‘ bis Ende November 1989 politisch von der SED besetzt, die den Bürgern der DDR in einer Rede des neuen Generalsekretärs Egon Krenz vor dem Zentralkomitee der Partei und im Fernsehen am 18. 10. 1989 eine ‚Wende‘ versprach, während die Demonstranten sich bald gegen

von 1789 bis 1914/18, und dem kurzen 20. Jahrhundert⁵, das vom Ersten Weltkrieg nach George F. Kennan, der „großen Urkatastrophe dieses Jahrhunderts“⁶, bis 1989/91, dem Beginn des 21. Jahrhunderts, reiche.

die ‚Wendehälse‘ wandten. Gegen den Begriff des ‚Zusammenbruchs‘ spricht die aktive Beteiligung der Bevölkerung am Sturz des SED-Regimes, die lange Dauer der Demonstrationen und Proteste und vor allem das Selbstverständnis der Opposition, die sich schließlich, auch im Sturm auf die Stasi-Zentralen im Januar 1990, gegen den Apparat der Diktatur wandte. Der Begriff einer ‚friedlichen Revolution‘, die gewissermaßen die Entwicklung im Westen Deutschlands zum demokratischen Rechtsstaat ‚nachholte‘, ist vielleicht noch am ehesten angemessen, da er auch die Parallelen zu den anderen Staaten des Ostblocks betont. Er trägt aber der entscheidenden Bedeutung der Abhängigkeit dieser ‚Revolution‘ von der internationalen Entwicklung nicht Rechnung. Deren Hauptetappen waren die Forderung Gorbatschows nach Glasnost und Perestroika und speziell für Deutschland die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für Bürger der DDR, der Wegfall der sowjetischen Unterstützung der DDR wie schließlich auch die Absicherung des Systemwechsels durch intensive Verhandlungen vor allem der Bundesrepublik mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt*. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980–1990, München 1990, bes. S. 344 ff., 460, hat von den osteuropäischen ‚Revolutionen‘ 1989/90 gesprochen, um zum Ausdruck zu bringen, daß eine Kombination aus Reform und Revolution die Diktaturen hinweggefegt habe. Auch dieses Kunstwort wird sich nicht durchsetzen, obwohl es auf wichtige Aspekte der Entwicklung vor allem in Polen und Ungarn hinweist. Hier wurde der Begriff des ‚Umbruchs‘ gewählt, da er die Radikalität der Umwälzung und das Ziel des grundlegenden Umbaus von Staat und Gesellschaft betont. Zur Diskussion der verschiedenen Begriffe für den Systemwechsel vgl. Hartmut Zwahr, *Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch: Die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989*. Mit Exkursen zu Ausreise und Flucht sowie einer ostdeutschen Generationenübersicht, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 426–465, bes. 432 ff.; ders., *Ende einer Selbstzerstörung*. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993; ders., *Die Revolution in der DDR*, in: Manfred Hettling (Hg.), *Revolution in Deutschland? 1789–1989*, Sieben Beiträge, Göttingen 1991, S. 122–143; Jürgen Habermas, *Nachholende Revolution und linker Revisionsbedarf*. Was heißt Sozialismus heute?, in: ders., *Die nachholende Revolution* (= *Kleine Politische Schriften VII*) Frankfurt/Main 1990, S. 179–204; Steffen Heitmann, *Die Revolution verkommt zur ‚Wende‘*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2. 9. 1994; Jens Reich, *Vereint in der Schlusmusik*, *Die Zeit*, 21. 10. 1994.

⁵ Vgl. Klaus Tenfelde, 1914 bis 1990: Die Einheit der Epoche, in: Manfred Hettling/Claudia Huerkamp/Paul Nolte/Hans-Walter Schmuhl (Hg.), *Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen*, München 1991, S. 70–80.

⁶ „The great seminal catastrophe of this century“, in: George F. Kennan, *The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations, 1875–1890*, Princeton 1973, S. 3.

Zäsuren dieser Tiefe und Schärfe bringen es mit sich, daß sie die gesamte Vorgeschichte umwerten, sie in einem neuen Licht, in einer neuen Perspektive erscheinen lassen. Das gilt sowohl für unsere Beurteilung epochaler Ereignisse wie der Französischen Revolution von 1789, der bolschewistischen Revolution von 1917 oder der Zerschlagung des Deutschen Reiches 1945 wie auch für unsere Auffassung von den die Geschichte bestimmenden Kräften und Ideen. Auch die Frage nach der relativen Bedeutung von Strukturen und langwierigen Prozessen einerseits und nach den Ereignissen, den Personen und auch dem Zufall in der Geschichte andererseits wird neu gestellt. Da wir das Ende des gewaltigen Transformationsprozesses, der dem Zusammenbruch der alten Ordnung 1989/91 folgt, noch nicht kennen und Geschichte auch in Zukunft offen bleibt, ist das neue Bild der Geschichte vor allem des 20. Jahrhunderts bisher alles andere als klar und zudem in ständiger Veränderung.

Zunächst überwog die Euphorie, daß das westliche, liberal-demokratische System nach der gewaltsamen Zerschlagung der national-sozialistischen Herrschaft schließlich auch zum „Überraschungssieger“⁷ über die kommunistischen Diktaturen geworden war. Der damalige stellvertretende Direktor des Planungsstabes des amerikanischen Außenministeriums, der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der als einer der ersten in den Vereinigten Staaten die zur deutschen Einheit führende Entwicklung erkannte und förderte⁸, proklamierte in einem vielbeachteten Buch gar das „Ende der Geschichte“ aufgrund des Sieges der liberalen Demokratie⁹.

⁷ Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte nach der Epochenwende, in: Jörg Calließ (Hg.), Historische Orientierung nach der Epochenwende, oder: Die Herausforderungen der Geschichtswissenschaft durch die Geschichte, Loccum 1995, S. 95–104, hier: S. 99.

⁸ Garton Ash, Im Namen Europas, S. 510.

⁹ Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992, bes. S. 11, S. 79–89; Fukuyama hatte seine These vom Ende der Geschichte erstmals 1989 vertreten und aufgrund der durch diesen Beitrag ausgelösten kontroversen Debatte in dem erwähnten Buch ausführlich begründet: Francis Fukuyama, The End of History?, in: The National Interest, Nr. 16, 1989, S. 3–18; vgl. auch die im gleichen Heft abgedruckten Kommentare von Allan Bloom, Pierre Hassner, Gertrude Himmelfarb, Irving Kristol, Daniel Patrick Moynihan und Stephen Sestanovich, S. 19–35 und die Antwort Fukuyamas, A Replay to My Critics, The National Interest, Nr. 18, 1989/90, S. 21–28. Zur neueren Diskussion seiner These vgl. Martin Meyer, Ende der Ge-

Wenn auch diese Auffassung, die die Bedeutung des Ost-West-Gegensatzes gegenüber dem Nord-Süd-Gegensatz, dem Fundamentalismus und den ökologischen Problemen der Welt überschätzt, nicht akzeptiert wurde, so schienen doch zunächst die Chancen der neuen Situation und die Unterschiede zu den Revolutionen von 1789 und 1917¹⁰ offenkundig: Die Französische Revolution hatte Europa in mehr als zwei Jahrzehnte dauernde, erbitterte Kriege verwickelt und den bereits vorhandenen Ansatz zur Teilung in West- und Osteuropa, zwischen denen Deutschland seinen eigenen Weg suchte, vertieft. Aus der bolschewistischen Revolution von 1917 ging eine noch tiefere Spaltung Europas in Gebiete mit vollständig gegensätzlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, politischen Herrschaftssystemen und Ideologien hervor, die in einem scharfen, im Kalten Krieg kulminierenden Spannungsverhältnis zueinander standen. Jetzt dagegen vollzog sich der Sturz der kommunistischen Diktaturen ohne Krieg und – wenn man von Rumänien absieht – fast ohne Blutvergießen. Die sowjetische Fremdherrschaft über die mitteleuropäischen Staaten wurde beseitigt, ohne daß das mit einer neuen polarisierenden Utopie verbunden gewesen wäre. Der Weg zur Einheit Europas, zur allgemeinen Übernahme der Institutionen und Werte der weltlichen liberalen Demokratie und der Übergang zur Marktwirtschaft schienen offen.

Inzwischen wissen wir, daß die Demokratie in den früheren kommunistischen Staaten noch keineswegs gesichert ist, daß die Versuche, zur Marktwirtschaft überzugehen, zu schweren ökonomischen Krisen und sozialen Spannungen geführt haben und keineswegs gelingen müssen und daß auch die politische Einheit Europas, das im ehemaligen Jugoslawien erneut zum Schauplatz erbitterter Kriege geworden ist, vielleicht noch in Jahrzehnten nicht erreicht sein wird.

Während nationale Bewegungen und Ideen entscheidend zur Mobilisierung der politischen Opposition und damit zum Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaftssysteme beigetragen haben,

schichte, München 1993; Alexander Demandt, *Endzeit? Die Zukunft der Geschichte*, Berlin 1993; Perry Anderson, *Zum Ende der Geschichte*, Berlin 1993.

¹⁰ Vgl. dazu besonders Jürgen Kocka, *Revolution und Nation* 1989. Zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse, in: *Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte*, Bd. 19, 1990, S. 479–499. Jetzt in: ders., *Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart*, Göttingen 1995, S. 9–32.

ist auch die in den letzten Jahrzehnten in Europa mühsam gebändigte innen- und außenpolitische Sprengkraft des Nationalismus, der auf die Auflösung von Vielvölkerstaaten, die Erweiterung der eigenen Grenzen und Ausschaltung der Fremden im Inneren drängt, vor allem im früheren Jugoslawien, aber auch in einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion und in Rußland selbst wieder wirksam geworden. Besonders besorgniserregend ist dabei die sich vielfach abzeichnende Verbindung alter kommunistischer Kader mit extremen nationalistischen Bewegungen. An die Stelle des zwar auf Konfrontation zwischen Ost und West und Unterdrückung weiter Teile Europas aufgebauten, letztlich aber stabilen alten internationalen Systems ist noch keine feste neue internationale Ordnung getreten.

Der Historiker kann nicht prognostizieren, wie diese aussehen wird. Er kann aber, um vor zu optimistischen Erwartungen zu warnen, darauf hinweisen, daß man auch 1917/19 – nach dem Zusammenbruch des autokratischen Zarenreiches, des osmanischen Reiches und der halbautoritären Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn – glaubte, daß nun die Welt oder doch zumindest Europa für die Demokratie sicher sei. In Wirklichkeit wurden aber die neugeschaffenen parlamentarisch-demokratischen Staaten mit wenigen Ausnahmen – der Tschechoslowakei und Finnland – durch autoritäre, faschistische oder totalitäre Regime des kommunistischen oder nationalsozialistischen Typs abgelöst und die Mitwirkungsrechte der Bevölkerung im Vergleich zur Zeit vor 1914 noch verringert¹¹. Auch nach 1945 führte die Befreiung von nationalsozialistischer Fremdherrschaft in großen Teilen Europas nicht zu der erhofften Unabhängigkeit und zur Demokratie.

Viele der langfristigen Probleme Europas und der Welt¹² werden durch die Beendigung der Ost-West-Konfrontation nicht gelöst. Dazu zählt die Schwierigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der westlichen Industrieländer mit ihren hohen Lohn- und Lohnnebenkosten gegenüber der Konkurrenz der Niedriglohnländer in einer immer stärker globalisierten Wirtschaft zu behaupten. Welche Konsequenzen – et-

¹¹ Gerhard A. Ritter, *Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein verfassungsgeschichtlicher Vergleich*, Tübingen 1962, bes. 3f.; Karl Dietrich Bracher, *Die Krise Europas 1917–1975*, Berlin/Wien 1975, bes. S. 11–152.

¹² Vgl. dazu Paul Kennedy, *Die Welt, Europa und Österreich*, in: *Europäische Rundschau*, Jg. 22, 1994, S. 3–11.

wa in der Form riesiger Flüchtlingsströme in die reichen Länder – die Bevölkerungsexplosion und besonders die Ungleichheit der Bevölkerungsentwicklung in den armen und reichen Ländern haben werden, zeigt sich erst in Ansätzen. Auch die Stärke des demokratischen Werte und Spielregeln mißachtenden Fundamentalismus ist beängstigend. Und außerhalb der politisch-sozialen Ebene ist an die immer dramatischer werdenden ökologischen Probleme zu denken. Manche dieser Probleme werden durch den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums noch verschärft – etwa durch die Entfesselung des Fundamentalismus in den islamischen Staaten der früheren Sowjetunion oder durch den erleichterten Zugang der mittelosteuropäischen Staaten mit ihren niedrigen Löhnen zu den westlichen Industrieländern.

Im Falle des vereinigten Deutschlands scheinen mir die Perspektiven wegen der Möglichkeiten, den Übergang zur Marktwirtschaft durch gewaltige Transferleistungen in die neuen Bundesländer sozial abzufedern, und wegen der marginalen Bedeutung der alten kommunistischen Kader im Rahmen der erweiterten Bundesrepublik mittel- und langfristig eher günstig zu sein. Immerhin haben aber die weitgehende Deindustrialisierung der Ex-DDR, die hohe Arbeitslosigkeit, die Schwierigkeiten der schnellen Anpassung an ein neues Rechts-, Sozial- und Wirtschaftssystem sowie viereinhalb Jahrzehnte einer kraß unterschiedlichen Geschichte und Geschichtserfahrung auch hier zu einer Vereinigungskrise geführt, die vor allem hinter dem Anstieg der PDS-Stimmen bei der Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994 im Osten und den letzten Wahlen in den neuen Ländern der Bundesrepublik steht.

II

Für die Historiker wie für die anderen Geistes- und Sozialwissenschaftler kam die Vereinigung Deutschlands völlig überraschend. Weder wurde der bevorstehende Zusammenbruch der DDR vorhergesehen, noch auch nur als realistische Möglichkeit einkalkuliert. Für die systematischen Sozialwissenschaften – die Politikwissenschaft, die Soziologie – und wohl auch für die Nationalökonomie stellt die

damit deutlich gewordene mangelnde Prognosefähigkeit¹³ ein großes Problem für das eigene Selbstverständnis dar. Dem Politikwissenschaftler Klaus von Beyme zufolge wurde der „Zusammenbruch des realen Sozialismus . . . methodisch zu einem ‚schwarzen Freitag‘ der Sozialwissenschaften“¹⁴. Den deutschen Historikern, zu deren Aufgaben Aussagen über die Zukunft nicht gehören, kann man vor allem vorwerfen, daß viele nicht nur den Gedanken an eine deutsche Einigung aufgegeben hatten, sondern nicht selten auch den Verzicht auf Wiedervereinigung aus der deutschen Geschichte rational zu begründen versuchten¹⁵.

Manche sahen darin gleichsam eine legitime Strafe für die deutsche Aggression und die Verbrechen des Nationalsozialismus, ein dauerhaftes Verdikt über die deutsche Geschichte. Insbesondere wurde argumentiert, daß die deutsche Verantwortung für den Ersten und Zweiten Weltkrieg zeige, daß ein starker deutscher Nationalstaat in der Mitte Europas mit dem europäischen Gleichgewicht und der Bewahrung des Friedens unvereinbar sei und daß daher, wie 1648

¹³ Vgl. dazu Hans Joas/Martin Kohli, *Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen*, sowie Randall Collins/David Waller, *Der Zusammenbruch von Staaten und die Revolutionen im sowjetischen Block: Welche Theorien machten zutreffende Voraussagen?*, beide Aufsätze in Joas/Kohli (Hg.), *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen*, Frankfurt a.M. 1993, S. 7–28, bzw. S. 302–325; Jürgen Kocka, *Folgen der deutschen Einigung für die Geschichts- und Sozialwissenschaften*, in: *Deutschland Archiv*, Jg. 25, 1992, S. 793–802, bes. S. 799.

¹⁴ Klaus von Beyme, *Die vergleichende Politikwissenschaft und der Paradigmenwechsel in der politischen Theorie*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 31, 1990, S. 457–474, hier S. 472.

¹⁵ Vgl. dazu den aufschlußreichen Artikel des Politikwissenschaftlers und Zeithistorikers Hans-Peter Schwarz, *Mit gestopften Trompeten. Die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht westdeutscher Historiker*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg. 44, 1993, S. 683–704. Schwarz führt das allmähliche Abrücken vieler westdeutscher Historiker vom Nationalstaatskonzept vor allem auf die ‚neue Ostpolitik‘ Brandts und die späte ‚Entdeckung‘ der Geschichte der Bundesrepublik in den 1980er Jahren zurück. Schwarz selbst hat in einem perspektivenreichen Artikel im *Europa-Archiv* vom 10. 6. 1989 den inneren Zusammenbruch des Kommunismus als Idee und als Praxis zur Organisation von Großgesellschaften konstatiert und die Beendigung der ‚ostmitteleuropäischen Abkopplung von der Moderne‘ und die ‚Wiedervereinigung Europas‘ in der einen oder anderen Form vorausgesagt. Auch hat er vor einer ausschließlichen Konzentration der Beziehungen auf die kommunistische Nomenklatura bei den Verbindungen zu Ostmitteleuropa gewarnt. Schwarz, *Auf dem Weg zum postkommunistischen Europa*, in: *Europa-Archiv*, Jg. 44, 1989, S. 319–330.

beim Westfälischen Frieden und 1815 beim Wiener Kongreß, die Ordnung der europäischen Mitte von außen bestimmt werden müsse und eine Mehrzahl deutscher Staaten erfordere.¹⁶ Die Gründung des kleindeutschen Reiches von 1871 sei geradezu „eine brüske Abwendung, ja eine Rebellion gegen die ‚alteuropäische‘, ‚abendländische‘ Tradition der deutschen Geschichte“ gewesen, indem sie dem Zentrum des europäischen Kontinents „jene zwei sich gegenseitig auspendelnden Machtschwerpunkte“ nahm.¹⁷

Mit dem Aufgehen der Bundesrepublik in Europa könne, so glaubte man, Deutschland zudem ein Vorbild für die notwendige Überwindung des durch die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts diskreditierten Nationalstaates bilden. Im Gefolge des Philosophen Karl Jaspers, der schon 1960 für den Verzicht auf Wiedervereinigung eintrat, um Freiheit in der DDR zu gewinnen¹⁸, haben immer mehr Historiker einen Gegensatz zwischen dem Streben nach der Liberalisierung der DDR und der Abmilderung oder Überwindung des individuellen Teilungsleids ihrer Bevölkerung und der Forderung nach Wiedervereinigung gesehen.

¹⁶ Vgl. zur Diskussion der 1980er Jahre insbesondere die von Werner Weidenfeld herausgegebenen Sammelbände: *Die Identität der Deutschen*, Bonn 1983; *Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation*, Köln 1987; *Politische Kultur und deutsche Frage. Materialien zum Staats- und Nationalbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1989; *Die Deutschen und die Architektur des Europäischen Hauses. Materialien zu den Perspektiven Deutschlands*, Köln 1990. – Vgl. weiter die betont positive Beurteilung älterer staatenbündischer Formen in der deutschen Geschichte, in: Wolf-D. Gruner, *Die deutsche Frage. Ein Problem der deutschen Geschichte seit 1800*, München 1985. Auch Michael Stürmer betont, daß es das deutsche Dilemma war, daß der deutsche Nationalstaat sowohl in der Konzeption der Paulskirche von 1848 wie auch in der Realität des Bismarckstaates gegen die Interessen der anderen europäischen Großmächte, gegen die Geschichte, die Geographie und die Dynamik der Massendemokratie des modernen Staates war. Stürmer, *A Nation State against History and Geography: The German Dilemma*, in: Gregor Schöllgen (Hg.), *Escape into War? The Foreign Policy of Imperial Germany*, Oxford/New York/Munich 1990, S. 63–72.

¹⁷ So Anselm Döring-Manteuffel, *Aspekte der deutschen Frage. Die Diskussion über Nationalstaat und Nationsverständnis im 19. Jahrhundert und in der Zeitgeschichte*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. 33, 1984, S. 189–205, bes. S. 192.

¹⁸ Karl Jaspers, *Die gegenwärtige Lage und ihre Möglichkeiten*, in: ders., *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik*, München 1960, Neuausgabe 1990, S. 31–38. Der Artikel erschien zunächst in: *Die Zeit*, 2. 9. 1960.

Die Alternative, Freiheit oder Wiedervereinigung, war allerdings von Anfang an falsch gestellt. Da die DDR nicht die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit ihrer Bevölkerung fand, waren die Errichtung eines umfassenden Terror- und Überwachungssystems, die Verweigerung demokratischer Mitbestimmungsrechte und auch die Abschließung gegenüber dem Westen durch den Bau der Mauer 1961 die Bedingungen ihrer weiteren Existenz als eigener sozialistischer deutscher Staat. Im Unterschied etwa zu Polen, der damaligen Tschechoslowakei und Ungarn gründete die DDR eben nicht auf einer eigenen Nation und definierte sich selbst gerade durch den Gegensatz zur kapitalistischen, westlichen Bundesrepublik.

Die DDR hatte seit ihrer Gründung immer die sozialistischen und kommunistischen Vorläufer in der deutschen Geschichte als eigenes ‚Erbe‘ in Anspruch genommen, sich damit aber auf einen eng selektierten Teil dieser Geschichte beschränkt. Mit der Aufkündigung der Einheit der deutschen Nation auf dem VIII. Parteitag der SED vom Juni 1971 setzte sich vor allem seit dem Ende der 1970er Jahre langsam eine neue Geschichtsauffassung durch, in der die DDR die gesamte deutsche Geschichte als ‚historisches Erbe und Tradition‘ usurpierte und sich als deren Ergebnis betrachtete¹⁹. Das wurde beson-

¹⁹ Grundlegend dazu die chronologisch nach dem Erscheinungsdatum geordneten Beiträge zum Verhältnis der DDR zum ‚Erbe‘ des Sozialismus und der ‚Tradition‘ der deutschen Geschichte, in: Helmut Meier/Walter Schmidt (Hg.), *Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker*, Köln 1989. – Zur kritischen Analyse dieser Diskussion vgl. insbes. Ulrich Neuhäußler-Wespy, *Erbe und Tradition in der DDR. Zum gewandelten Geschichtsbild der SED*, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), *Geschichtswissenschaft in der DDR*, 2 Bde., Berlin 1988 und 1990, Bd. 1: *Historische Entwicklung, Theorie, Diskussion und Geschichtsdidaktik*, S. 129–153; Günther Heydemann, *Geschichtsbild und Geschichtspropaganda in der Ära Honecker. Die ‚Erbe- und Tradition‘-Konzeption der DDR*, in: Ute Daniel/Wolfram Siemann, *Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung (1789–1989)*, Frankfurt a. M. 1994, S. 161–171. Vgl. weiter den auch den Geschichtsunterricht zur ‚deutschen Frage‘ einbeziehenden Aufsatz von Karl-Ernst Jeismann, *Die Einheit der Nation im Geschichtsbild der DDR*, ebda., S. 511–533. Zur Analyse der Geschichtswissenschaft der DDR seit 1988 vgl. zudem: Konrad H. Jarausch (Hg.), *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR*, Berlin 1991; Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft*, Stuttgart 1992; Jan-H. Brinks, *Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als*

ders deutlich in den großen, staatlich organisierten Feiern zum 500. Geburtstag von Martin Luther 1983 oder der Wiederaufstellung des Reiterstandbildes Friedrich des Großen ‚Unter den Linden‘, aber auch in dem Bemühen um gerechte Wertung von Zeitepochen und zentralen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte, die vorher als Vertreter der Feudalherrschaft oder der Bourgeoisie scharf verurteilt worden waren. Dieser Versuch, sich damit eine breit begründete eigene nationale Identität zu geben, ist jedoch gescheitert. Für die Massen der Bevölkerung der DDR war, wie sich 1989/90 zeigte, die DDR eben keine eigene Nation. Freiheit und Demokratie, sicher auch die Hoffnung auf Wohlstand, waren zudem zu Recht mit der Wiedervereinigung in ihren Augen untrennbar verbunden.

Zu welcher Fehlbeurteilung die künstliche Trennung von Freiheit und Wiedervereinigung verleiten kann, zeigt die Rede des bedeutenden, aus Deutschland 1938 vertriebenen amerikanischen Historikers Fritz Stern bei der Feier zum Gedenken an den Aufstand vom 17. Juni 1953 im Deutschen Bundestag 1987. Er stellte darin mit Nachdruck fest, daß der 17. Juni ein „Aufstand für ein besseres, ein freieres Leben“ und „für mehr Menschlichkeit“, aber „kein Aufstand für die Wiedervereinigung“ gewesen sei.²⁰ Heute wissen wir, nicht zuletzt aus den Quellen des Ministeriums für Staatssicherheit, daß dieser Aufstand, der von einigen jüngeren Historikern der früheren DDR als „gescheiterte Revolution“ angesehen wird, nicht nur in seiner Breite, Tiefe und Dauer in unserer Forschung und auch von Stern unterschätzt wurde, sondern, daß die Forderung nach Wiedervereinigung in der Protestbewegung eine wichtige Rolle spielte²¹.

Paradigmen politischen Wandels, Frankfurt a. M. 1992; Alexander Krauss, Die Rolle Preußens in der DDR-Historiographie. Zur Thematisierung und Interpretation der preußischen Geschichte durch die ostdeutsche Geschichtswissenschaft, Frankfurt a. M./Bern 1992.

²⁰ Fritz Stern, Ein Gedenktag und seine Tabus. Rede zum 17. Juni, in: ders., Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Berlin 1988, S. 243–259, bes. S. 257, 244.

²¹ Vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, bes. S. 124, 128 ff. in dem umfangreichen Kapitel (S. 27–162) über ‚Die gescheiterte Revolution des Jahres 1953‘; vgl. weiter Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die ‚Innere Staatsgründung‘ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995.

Obwohl die Bevölkerung der DDR in ihrer Mehrheit die Trennung vom reicheren und größeren Teil Deutschlands nie innerlich akzeptierte, ist die deutsche Vereinigung, deren tiefere Ursachen, deren Verlauf und deren Auswirkungen zentrale Gegenstände der historischen Forschung der Zukunft darstellen werden, nur durch ein Zusammentreffen ungewöhnlich günstiger Umstände zu erklären. Dazu gehört, daß die Sowjetunion aufgrund der Überforderung ihrer Ressourcen durch die Invasion in Afghanistan und den Rüstungswettlauf mit dem Westen, aber auch durch die immer deutlicher werdende Sklerose ihres wirtschaftlichen Systems soweit geschwächt war, daß sie ihr Imperium nicht mehr aufrechterhalten konnte. Trotzdem kam es bei der Lösung der deutschen Frage entscheidend auf Gorbatschow an, der nach Timothy Garton Ash im Sommer 1990 schwach genug war, „um zu wissen, daß er die deutsche Vereinigung innerhalb des westlichen Bündnisses zulassen mußte, und noch immer stark genug, um dies zuhause auch durchzuboxen. Wäre er ein wenig stärker gewesen, wäre er womöglich gar nicht auf das Geschäft des Jahrhunderts eingegangen. Wäre er ein wenig schwächer gewesen, wäre er womöglich gar nicht mehr dagewesen, um überhaupt noch Geschäfte machen zu können“²².

Daß es gelang, die Natomitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands – die absolute Voraussetzung für die Unterstützung der deutschen Einigung durch die Vereinigten Staaten²³ und deren zunächst eher widerwillige Akzeptanz durch Großbritannien und Frankreich²⁴

²² Garton Ash, *Im Namen Europas* S. 531; zur Schlüsselrolle Gorbatschows für das Ende des Kalten Krieges und den Umbruch von 1989/90 vgl. auch Raymond L. Garthoff, *The Great Transition. American-Soviet Relations and the End of the Cold War*, Washington D. C. 1994; vgl. weiter zur sowjetischen Politik 1985–1991 Mariana Hausleitner, *Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka*, Frankfurt am Main/New York 1994.

²³ Die wesentliche Bedeutung der amerikanischen Politik gerade für die Überwindung der Bedenken gegen eine deutsche Wiedervereinigung in Europa untersucht Elisabeth Pond, *Beyond the Wall. Germany's Road to Unification*, Washington D. C. 1993.

²⁴ Zur Haltung der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Kanadas und der wichtigsten Mächte der Europäischen Gemeinschaft zur Vereinigung Deutschlands vgl. die Aufsätze in: Josef Becker (Hg. unter Mitarbeit von Günther Kronenbitter), *Wiedervereinigung in Mitteleuropa. Außen- und Innenansichten zur staatlichen Einheit Deutschlands*, München 1992; vgl. weiter zu Großbritannien Günther Heydemann,

– zu erreichen, war ein weiterer glücklicher Umstand, der nicht nur mit der relativ geschwächten Stellung der Sowjetunion zusammenhing. Es war wohl auch der größte „Triumph in der Diplomatie der Nachkriegszeit“²⁵, an dem die deutsche Politik, die eine Vertrauensbasis bei Gorbatschow geschaffen hatte, wesentlich beteiligt war²⁶.

Partner oder Konkurrent? Das britische Deutschlandbild während des Wiedervereinigungsprozesses 1989–1991, in: Franz Bosbach (Hg.), *Feindbilder. Die Darstellung des Gegners in der politischen Publizistik des Mittelalters und der Neuzeit*, Köln/Weimar/Wien 1992, S. 201–234. Zur kritischen Haltung Mitterands, der lange hoffte, daß Gorbatschow eine deutsche Wiedervereinigung verhindern oder bremsen würde, vgl. die Gesprächsprotokolle und Beobachtungen des Sonderberaters des französischen Staatspräsidenten Jacques Attali, *Verbatim III* (1988–1991), Paris 1995. – Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat, wie sie in ihren Memoiren beschreibt, von dem fragwürdigen Konzept eines zwischen Aggression und Selbstzweifeln schwankenden deutschen Nationalcharakters ausgehend, im Dezember 1989 und Januar 1990 allerdings letztlich vergeblich versucht, den französischen Präsidenten Mitterrand dazu zu gewinnen, sich gemeinsam aktiv für eine Verhinderung oder zumindest Verlangsamung der deutschen Wiedervereinigung einzusetzen (Margaret Thatcher, *Downing Street No. 10. Die Erinnerungen*, 2. Aufl., Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1993, bes. S. 1094–1106). Kennzeichnend ist, daß die im sogenannten ‚Deutschlandvertrag‘ über ‚die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten‘ (USA, Großbritannien, Frankreich) vom 23. 10. 1954 in Artikel 7, Abs. 2, niedergelegte eindeutige Verpflichtung der vertragschließenden Mächte auf das Ziel der Verwirklichung eines ‚wiedervereinigten Deutschlands‘ mit keinem Wort erwähnt wird. – Im Zusammenhang mit der kritischen Einschätzung der möglicherweise von einem wiedervereinigten Deutschland ausgehenden Gefahren fand auch die Beratung der britischen Premierministerin und ihres Außenministers Douglas Hurd mit fünf britischen bzw. amerikanischen Historikern und einem Journalisten am 24. März 1990 auf ihrem Landsitz in Chequers viel Beachtung – allerdings erst nach der Veröffentlichung einer offenbar nicht korrekten kurzen Zusammenfassung des Gesprächs durch ihren Privatsekretär C. D. Powell in der Londoner Zeitung ‚The Independent‘ unter der Schlagzeile „Be nice to German bullies, PM told“. Vgl. dazu aus der Sicht eines Beteiligten Gordon A. Craig, *Die Chequers-Affäre von 1990. Beobachtungen zum Thema Presse und internationale Beziehungen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 39, 1991, S. 611–623.

²⁵ Karl Kaiser, *Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte*, Bergisch Gladbach 1991, S. 16.

²⁶ Das war keineswegs selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß zunächst u. a. durch Kohls Vergleich von Goebbels und Gorbatschow die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion und zu Gorbatschow selbst ausgesprochen gespannt waren. Vgl. für Gorbatschows Beziehungen zu Kohl seine Memoiren: Michail Gorbatschow, *Erinnerungen*, Berlin 1995, bes. S. 700–727.

Die andauernde feste Westbindung der vereinigten Bundesrepublik beruhte außerdem auch auf den Interessen der ostmitteleuropäischen Staaten, die ein in die Nato eingebundenes und damit diszipliniertes Deutschland einem freischwebenden, neutralisierten Deutschland vorzogen und sich von Deutschland eine wesentliche Unterstützung ihres Wunsches nach einem baldigen Eintritt in die Nato und die Europäische Union erhofften. Ganz wesentlich war schließlich auch, daß es erstaunlicherweise gelang, den Prozeß der inneren Einigung mit deren außenpolitischer Absicherung, der Ablösung der Deutschland als Ganzes und Berlin betreffenden Rechte der Besatzungsmächte, in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen erfolgreich zu koordinieren. Die insgesamt friedliche, wenn auch nicht gewaltfreie, unblutige und trotz ihrer Dynamik und Schnelligkeit, die immer wieder die Zeitpläne und Konzeptionen der Politiker hinwegfegte, auch geordnete Entwicklung war, was vielfach übersehen wird, eine Bedingung des Erfolges der Einigungspolitik.

Wir wissen aus den Tagebuchaufzeichnungen von Horst Teltschik, dem engsten außenpolitischen Berater von Kanzler Kohl, wie besorgt Gorbatschow im November 1989 war, daß die Situation in Berlin angesichts der großen Massendemonstrationen außer Kontrolle geraten und in ein Chaos münden könne²⁷. Die damaligen Befürchtungen der Oppositionellen hat Jens Reich in einem Artikel in der ‚Zeit‘ vom 25. November 1994 ins Bewußtsein gerufen. „Die Wiedervereinigung Deutschlands ... war für uns ein Tabu. Heute kann man darüber lachen. Damals aber stand noch ein Millionenheer von Soldaten des Warschauer Vertrages bereit, und wir hatten tief eingegrabene Erinnerungen: Das Ende des 17. Juni 1953, das Ende des ungarischen Oktober 1956, das Ende des Prager Frühlings 1968, der polnische Bürgerkrieg gegen die ‚Solidarität‘ von 1981 ... In unseren Augen war vorsichtige Diplomatie statt revolutionären Ungestüms die notwendige Taktik. Niemand konnte wissen, wann und wie Gorbatschow reagieren würde und welcher Druck militärischer Kräfte auf ihm lasteten“²⁸. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die sowjetischen Truppen in ihren Kasernen geblieben und auf eine offe-

²⁷ Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991, bes. S. 19f., 23, 27f., 34.

²⁸ Jens Reich, Die Kuh ist auf dem Eis, in: Die Zeit, 25. 11. 1994.

ne Intervention zugunsten der DDR-Führung verzichtet hätten, wenn diese militärische Gewalt gegen die Demonstranten eingesetzt hätte, wenn es zu Fällen der Lynch-Justiz gegen verhaßte Exponenten des alten Regimes, zur Herausforderung der sowjetischen Truppen oder zu einem Sturm auf das Ehrenmal der sowjetischen Armee in der Straße des 17. Juni hinter dem Brandenburger Tor in Westberlin oder auf die sowjetische Botschaft ‚Unter den Linden‘ gekommen wäre²⁹.

Die ökonomischen Bedingungen der Wiedervereinigung, die mit der schnellen Übernahme der DM und dem für die Bewohner in der DDR sehr günstigen Umtauschkurs die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft schwächten und für lange Zeit hohe Transferleistungen in den Osten erforderlich machen, sind im Einklang mit der überwiegenden Meinung der wirtschaftlichen Experten im ersten Halbjahr 1990 viel kritisiert worden. Aber zum einen war der volle Umfang der Misere der DDR-Wirtschaft nicht bekannt. Zum anderen mußten schnelle Entscheidungen getroffen werden, bei denen sich letztlich die politische Vernunft gegen die ökonomische Vernunft durchsetzte³⁰. Man wollte nicht nur die Massenauswanderung aus der DDR stoppen, sondern bewußt auch unter

²⁹ Zu der panischen Furcht der Sowjetunion, daß ihre Truppen in die Auseinandersetzungen einbezogen werden könnten vgl. auch den Artikel von Iwan Nikolajewitsch Kusmin, der damals stellvertretender Chef der Filiale des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit in Ostberlin war: Da wußten auch die fähigsten Tschekisten nicht weiter. Wie die KGB-Residentur in Ost-Berlin vor fünf Jahren den Zusammenbruch der DDR erlebte und erlitt, in: FAZ, 30. 9. 1994. – Kennzeichnend ist weiter, daß am Abend des 10. November der sowjetische Botschafter in London bei Mrs. Thatcher mit einer Botschaft von Gorbatschow erschien, „der befürchtete, es könne womöglich einen Zwischenfall mit gravierenden Folgen geben – beispielsweise einen Angriff auf Soldaten der sowjetischen Armee in der DDR oder in Berlin“ (Thatcher, Downing Street No. 10, S. 1097). – Zur sowjetischen Deutschlandpolitik 1989/90 und zum Zusammenbruch der DDR, die er als Katastrophe ansieht und wesentlich Gorbatschow und seinem Außenminister Schewardnadse anlastet, vgl. auch die Memoiren des letzten Sowjetbotschafters in Ostberlin Wjatscheslaw Kotschemassow, Meine letzte Mission. Fakten, Erinnerungen, Überlegungen, Berlin 1994.

³⁰ Vgl. dazu die überzeugende Analyse von Wolfram Fischer, Politische versus ökonomische Vernunft. Wirtschafts- und währungspolitische Entscheidungen im deutschen Einigungsprozeß, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München etc. 1994, S. 805–830.

Ausnutzung der Gunst der außenpolitischen Stunde mit der Wirtschafts- und Währungsunion den Prozeß der deutschen Einigung unumkehrbar machen. Es ist allerdings zweifelhaft, ob bei einem längeren Anpassungsprozeß der Eintritt der DDR in die westliche Marktwirtschaft mit niedrigen oder flexiblen Wechselkursen und daraus resultierenden niedrigen Löhnen und Preisen tatsächlich erleichtert worden wäre. Offenbar waren die meisten Produkte der DDR auch bei niedrigen Preisen auf dem Weltmarkt nicht absatzfähig. Die Situation der DDR-Wirtschaft war nicht nur nach dem heutigen Urteil westlicher Sachverständiger, sondern auch nach einer zeitgenössischen Expertise des langjährigen Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission für das Politbüro der SED, Gerhard Schürer, vom 30. Oktober 1989³¹ viel desolater, als im Westen angenommen wurde. Notwendige Investitionen zur Erhaltung der Infrastruktur wurden nicht vorgenommen, die Umweltschäden – bezogen auf Fläche und Einwohner hatte die DDR die höchsten Emissionen an Luftschadstoffen in Europa – waren katastrophal, der Kapitalstock war völlig überaltert und verschlissen. Eine moderne Datenkommunikation war faktisch nicht vorhanden, und die technologische Lücke zu westlichen Industrienationen wurde wegen der Innovationsträgheit des planwirtschaftlichen Systems immer größer. Zudem stand die DDR wegen ihrer hohen Verschuldung im nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet kurz vor der Zahlungsunfähigkeit, dem Staats-

³¹ Abgedruckt unter dem Titel ‚Schürers Krisen-Analyse‘, in: Deutschland Archiv, Jg. 25, 1992, S. 1112–1120. – Vgl. zur Wirtschaft der DDR vor dem ‚Umbruch‘ weiter: Harry Maier, Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft in der DDR – Ursachen und Folgen, in: Deutschland Archiv, Jg. 26, 1993, S. 806–818; Hans-Hermann Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der ‚Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik‘ am Beispiel der Schürer/Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv, Jg. 25, 1992, S. 127–131; Gespräch [von H.-H. Hertle] mit Gerhard Schürer. „Es wäre besser, wir wären früher pleite gegangen“, in: ebda., S. 132–145; Hans-Hermann Hertle, Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv, Jg. 25, 1992, S. 1019–1030; ders., „Das reale Bild war eher katastrophal!“ Gespräch mit Gerhard Schürer, ebda., S. 1031–1038; Wilma Merkel/Stefanie Wahl, Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn 1991; – Ich danke Herrn Kollegen Eberhard Witte für Anregungen in der Diskussion meines Vortrages und ihm und Dieter Grosser für die Überlassung von Material zur wirtschaftlichen Lage der DDR vor dem Fall der Mauer.

bankrott. Das Verhältnis der im gleichen Jahr fälligen Kreditrückzahlungen und Zinsen zum Export, das nicht mehr als 25% betragen soll, war 1989 auf 150% angestiegen. Allein ein Stoppen der Verschuldung hätte 1990 nach der erwähnten Analyse für das Politbüro der SED eine Senkung des Lebensstandards von 25–30% erfordert und damit die DDR unregierbar gemacht. Es gab also noch vor dem fast völligen Zusammenbruch der Ostmärkte seit 1990/91 keinen Weg, der an einem radikalen Umbruch des bisherigen Wirtschaftssystems durch schnelle Privatisierung vorbeiführte, um die Wirtschaft der neuen Bundesländer möglichst bald wieder international wettbewerbsfähig zu machen.

III

Die deutsche Einigung von 1990 weist klare Parallelen, aber auch deutliche Unterschiede zu früheren Einigungsprozessen in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und zu deren internationaler Einbettung auf³². Sie erfolgte ohne eine Zwischenstufe der Konföderation, wie sie noch in Kohls Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989 oder – zumindest in Andeutungen – in dem Vorschlag des DDR-Ministerpräsidenten Modrow vom 17. November 1989, eine Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten zu bilden, vorgesehen war³³. Sie unterschied sich damit vom Beispiel des Deutschen Bundes von 1815 bis 1866.

Die Einigung erfolgte nicht, wie 1867 bei der Schaffung des Norddeutschen Bundes, durch eine Fusion bestehender Staaten, die sich eine neue gemeinsame Verfassung gaben. Dieser Weg wäre im Art. 146 des Grundgesetzes vorgezeichnet gewesen; statt dessen wurde der Beitritt der inzwischen neugeschaffenen Länder der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes, wie schon vor-

³² Vgl. Rainer Wahl, Die deutsche Einigung im Spiegel der historischen Parallelen, in: *Der Staat*, Bd. 30, 1991, S. 181–208.

³³ Vgl. für Kohls Erklärung vom 28. 11. 1989 und für Modrows Regierungserklärung vor der Volkskammer vom 17. 11. 1989: Ingo von Münch (Hg. unter Mitarbeit von Günter Hoog), *Dokumente zur Wiedervereinigung Deutschlands*, Stuttgart 1991, S. 57–66 bzw. 33–57, hier bes. S. 56.

her beim Beitritt des Saarlandes 1957, gewählt³⁴. Kennzeichnend ist dabei auch, daß im Rahmen des Norddeutschen Bundes die fusionierenden Staaten als Gliedstaaten – wenn auch mit erheblich eingeschränkten Kompetenzen – weiter bestanden, während die DDR als eigene Einheit nicht erhalten blieb.

Während die konkreten Probleme der Einigung im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und vor allem im Einigungsvertrag im Detail geregelt wurden³⁵, war mit dem Beitritt der neuen Bundesländer die Übernahme der Verfassung wie überhaupt des Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystems der alten Bundesrepublik verbunden. In ähnlicher Weise sind bei der Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 die süddeutschen Staaten Hessen, Baden, Württemberg und Bayern durch Verträge, die vor allem Bayern und Württemberg allerdings erhebliche Reservatrechte zubilligten, dem Norddeutschen Bund und seiner Verfassung beigetreten³⁶.

³⁴ Zur staatsrechtlichen Seite der Wiedervereinigung vgl. den grundlegenden Beitrag von Peter Lerche, § 194. Der Beitritt der DDR – Voraussetzungen, Realisierung, Wirkungen, in: Josef Isensee/Paul Kirchhoff (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. VIII. Ich bin Herrn Lerche sehr dankbar, daß er mir die Druckfahnen seines Beitrages zur Verfügung gestellt hat. Zum Beispiel des Beitritts des Saarlandes vgl. Wilfried Fiedler, Die Rückgliederung des Saarlandes an Deutschland – Erfahrungen für das Verhältnis zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR?, in: *Juristenzeitung*, Jg. 45, 1990, S. 668–675.

³⁵ Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. Mai 1990, in: Klaus Stern/Bruno Schmidt-Bleibtreu (Hg.), *Verträge und Rechtsakte zur deutschen Einheit*, 3 Bde., Bd. 1: Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, München 1990, S. 79–100; Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einigung Deutschlands – Einigungsvertrag (vom 31. 8. 1990), in: *Bundesgesetzblatt* 1990, Teil II, S. 889–1238.

³⁶ Vgl. das ‚Protokoll betr. die Vereinbarung zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen über Gründung des Deutschen Bundes und Annahme der Bundesverfassung‘ vom 15. November 1870; Militärkonvention zwischen dem Norddeutschen Bund und Baden vom 25. November 1870; Vertrag betr. den Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes vom 23. November 1870; Schlußprotokoll zum Bundesvertrag mit Bayern vom 23. November 1870; Geheime Verabredung zwischen Preußen und Bayern vom 23. November 1870; Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde, Baden und Hessen einerseits und Württemberg andererseits, betr. den Beitritt Württembergs zur Verfassung des Deutschen Bundes vom 25. November 1870; Verhandlung zum Bundesvertrag mit Württemberg vom 25. November 1870; Militär-

Besonders interessant sind die internationalen Aspekte der Einigungsprozesse. 1815 erfolgte die Neuordnung Deutschlands unter dem Einfluß der europäischen Großmächte, deren Interessenlage eine Schwächung der europäischen Mitte und daher eine Zersplitterung Deutschlands in verschiedene Territorien entsprach.

Der Norddeutsche Bund von 1867, dessen Gründung erst nach dem siegreichen Krieg Preußens gegen Österreich und die mit ihm verbündeten deutschen Staaten möglich war, sah in Artikel 79, Absatz 2 seiner Verfassung vor, daß dieser Bund durch den „Eintritt der Süddeutschen Staaten oder eines derselben ... auf Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung“ erweitert werden könne³⁷. Diese Verfassungsbestimmung stand im klaren Gegensatz zu Artikel IV des Prager Friedens zwischen Österreich und Preußen vom 23. August 1866, in den – auf Drängen Frankreichs – die Bestimmung aufgenommen worden war, daß der zunächst für die Staaten südlich des Mains geplante Südbund „eine international unabhängige Existenz“ haben sollte³⁸. Die Gründung des Deutschen Reiches war daher nur durch einen Krieg möglich, in dem Bismarck die Isolierung Frankreichs gelang und er eine Intervention Österreichs aufgrund dieser Klausel des Vertrages verhindern konnte.

Auch die Bestimmung der Weimarer Verfassung, die in Artikel 61, Absatz 2 den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vorsah, widersprach dem Verbot eines Beitritts Österreichs in Artikel 80 des Versailler Vertrages. Die Reichsregierung mußte daher in einem Protokoll vom 22. September 1919 ausdrücklich die Ungültigkeit der sich auf den Anschluß Deutsch-Österreichs beziehenden

konvention zwischen dem Norddeutschen Bund und Württemberg vom 21./25. November 1870. Sämtliche Verträge und Vereinbarungen sind abgedruckt in: Ernst Rudolf Huber (Hg.), *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 2: *Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1918*, Stuttgart 1964, S. 258–276. Die ursprünglichen Bezeichnungen Deutscher Bund und Bundespräsidium wurden erst nach Abschluß dieser Verträge aufgrund weiterer Rechtsakte durch die in die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 aufgenommenen Begriffe ‚Deutsches Reich‘ und ‚Deutscher Kaiser‘ ersetzt.

³⁷ Huber, *Dokumente*, Bd. 2, S. 240.

³⁸ Friedensvertrag von Prag zwischen Österreich und Preußen vom 23. August 1866, abgedruckt in: ebda., S. 217–220, hier S. 218. – Dieser Passus fehlt in dem ansonsten gleichlautenden Art. 2 des Nikolsburger Präliminarfriedens.

Verfassungsbestimmung anerkennen³⁹. Hitler hat sich bekanntlich mit dem ohne ausdrückliche Zustimmung der vertragschließenden Parteien erfolgten Anschluß Deutsch-Österreichs 1938 über dieses Protokoll und die Vertragsbestimmungen hinweggesetzt.

In noch weit stärkerem Maße als die Weimarer Reichsverfassung ging das Grundgesetz mit der Verankerung des Wiedervereinigungsgebotes in der Präambel, mit der Festlegung der gemeinsamen Staatsbürgerschaft aller Deutschen in Artikel 116⁴⁰ und mit den erwähnten Artikeln 23 und 146 von dem unvollständigen, vorläufigen Charakter der 1949 in den Westzonen geschaffenen Bundesrepublik aus. Entsprechende Bestimmungen der DDR-Verfassung von 1949 sind in den Verfassungen von 1968 und 1974 gestrichen worden⁴¹,

³⁹ Im Art. 61, Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung heißt es: „Deutschösterreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutschösterreichs eine beratende Stimme.“ Allerdings wurde im Widerspruch dazu im Art. 178, Abs. 2 bestimmt, daß „die Bestimmungen des . . . Friedensvertrages . . . durch die Verfassung nicht berührt“ werden. Art. 80 des Versailler Vertrages bestimmte: „Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; Es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt.“ – Der Text der Verfassung und des erwähnten Protokolls vom 22. September 1919, in: Huber, Dokumente, Bd. 3: Dokumente der November-Revolution und der Weimarer Republik 1918–1933, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 129–156, 156f. Für den Text des Friedensvertrages vom 28. 6. 1919 vgl. Der Vertrag von Versailles. Hg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Berlin 1924.

⁴⁰ Absatz 1 dieses Artikels lautet: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

⁴¹ Art. 1, Abs. 4 der Verfassung der DDR von 1949 lautete: „Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit“. Diese Bestimmung wurde in der Verfassung von 1968 gestrichen. Die Verfassung von 1968 erhielt jedoch weiterhin in ihrer Präambel einen Hinweis auf die „ganz deutsche Nation“ sowie in Art. 8 die Forderungen nach der „Überwindung der vom Imperialismus der Deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands“ und der „schrittweise[n] Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus.“ Diese Passagen wurden in der Verfassung von 1974 gestrichen. Texte der Verfassungen der DDR von 1949, 1968 und 1974 in: Ingo von Münch (Hg.), Dokumente des

wenn auch in der deshalb schließlich nicht mehr gesungenen Nationalhymne der DDR weiter von ‚Deutschland einig Vaterland‘ die Rede war.

Das nach der Vereinigung geschaffene neue Deutschland erlangte die „volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“ nach einem Vertrag vom 12. September 1990⁴², den die beiden deutschen Staaten mit den vier Besatzungsmächten, die ihre Vorbehaltsrechte aufgaben, schlossen. Im gleichen Vertrag hat Deutschland die Außengrenzen und den Verzicht auf Gebietsansprüche nicht nur völkerrechtlich anerkannt, sondern auch ausdrücklich zugestimmt, daß die Verfassung diesen Regelungen nicht widersprechen darf⁴³. Auch hierin schlägt sich also die historische Erfahrung nieder, daß die deutsche Einigung nicht nur eine Angelegenheit der Deutschen, sondern im besonderen Maße auch der internationalen Politik ist.

IV

Fragen wir nun nach diesem Exkurs über das Problem der deutschen Einigung in historischer Sicht nach den Folgen, die sich aus

geteilten Deutschland, 2 Bde., Stuttgart 1968 und 1974, Bd. 1, S. 301–323, 525–548, Bd. 2, S. 463–492.

⁴² ‚Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland‘ vom 12. September 1990 sowie ‚Erklärung zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten‘ vom 1. Oktober 1990, in: Bundesgesetzblatt 1990, II. Teil, S. 1318 ff., 1331 ff. Dieser Vertrag ist zwar erst am 15. März 1991 in Kraft getreten; die betroffenen Vier Mächte haben aber schon am 1. 10. 1990 erklärt, daß vom Zeitpunkt der Vereinigung bis zum Inkrafttreten des Vertrages die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten für Deutschland ‚als Ganzes und Berlin ausgesetzt‘, d. h. suspendiert seien.

⁴³ Vgl. Art. 1, Abs. 4 der Verträge vom 12. 9. 1990, nach dem die „Regierungen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik . . . sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschlands keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien [Festlegung der Außengrenzen, Feststellung, daß das vereinte Deutschland keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten erhebt oder in Zukunft erheben wird] unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23, Satz 2 und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.“ Eine Konsequenz dieser Bestimmung war die Streichung des Artikels 23 sowie die Neufassung der Präambel und des Artikels 146 des Grundgesetzes.

den dramatischen Veränderungen 1989/91 im allgemeinen und der deutschen Einigung im besonderen für unser Verständnis der Geschichte und für die Geschichtswissenschaft ergeben⁴⁴.

Die Offenheit, die Unberechenbarkeit der Geschichte ist in einer Weise deutlich geworden, die die Historiker zu mehr Demut bei der Darstellung und der Analyse von Geschichtsabläufen veranlassen sollte. Allzu oft neigen wir dazu, das, was geschah, als das einzig mögliche anzusehen und die Geschichte in diesem Lichte zu deuten. Die Ereignisse von 1989/91 zeigen dagegen, daß in der Geschichte Zufälle eine große Rolle spielen und daß krasse Richtungsänderungen, die man vorher für undenkbar hielt, durchaus möglich sind. Geschichte geht nicht auf; sie läßt sich auch nicht hochrechnen. Die Wirklichkeit ist widersprüchlich, sie ist durch Überlagerungen und Verschränkungen, durch Vereinbarung des scheinbar nicht zu Vereinbarenden gekennzeichnet, und sie ist voller Überraschungen.

Der Faktor Zeit, die Ausnutzung günstiger Konjunkturen, hat eine entscheidende Bedeutung für die Politik. Politik ist zudem kein Schachspiel, in dem man zum nächsten Zug gezwungen ist, wenn der Opponent gezogen hat. Es gibt vielmehr Zeiten der Stagnation und des beschleunigten Wandels, und der Politiker muß auf den richtigen Zeitpunkt warten können, darf ihn aber auch nicht verpassen, wenn er die Zukunft gestalten will. Man muß sich also als Historiker auch bei der Beurteilung der großen Akteure der Geschichte im klaren sein, daß ihre Erfolge und Mißerfolge entscheidend von der Konjunktur der Zeit abhängen.

Die Ereignisse von 1989/91 erinnern so an den berühmten Ausspruch Bismarcks, daß „die Weltgeschichte mit ihren großen Ereignissen ... nicht dahergefahren [kommt] wie ein Eisenbahnzug in gleichmäßiger Geschwindigkeit. Nein, es geht ruckweise vorwärts, aber dann mit unwiderstehlicher Gewalt. Man soll nur immer darauf achten, ob man den Hergott durch die Weltgeschichte schreiten sieht, dann zuspringen und sich an seinen Mantels Zipfel klammern, daß man mit fortgerissen wird, soweit es gehen soll. Es ist unredliche

⁴⁴ Vgl. dazu u. a. Jürgen Kocka, Überraschung und Erklärung. Was die Umbrüche von 1989/90 für die Gesellschaftsgeschichte bedeuten könnten, in: Hettling u. a. (Hg.), Was ist Gesellschaftsgeschichte? S. 11–21; ders., Folgen; Wolfgang J. Mommsen, Die Geschichtswissenschaft nach der ‚demokratischen Revolution‘ in Ostmitteleuropa, in: Neue Rundschau, Jg. 105, 1994, S. 75–88; Calließ (Hg.), Historische Orientierung.

Thorheit und abgelebte Staatsklugheit, als käme es darauf an, Gelegenheiten zu schürzen und Trübungen herbeizuführen, um dann darin zu fischen“⁴⁵.

Die Rolle der politischen Geschichte und der Ereignisgeschichte, aber auch die der Biographie haben durch den Umbruch 1989/91 eine Aufwertung erfahren. Aus Strukturen und Prozessen lassen sich politische Ereignisse nicht unmittelbar ableiten, wenn sie auch als historische Bedingungsfaktoren den Rahmen des Möglichen abstecken. Die Strukturgeschichte wird somit nicht überflüssig. Zum einen sind die Veränderungen sozialer Strukturen und langfristige soziale Prozesse – wie beispielsweise der Rückgang der Landwirtschaft im Zuge des Übergangs zur Industriegesellschaft und später zur modernen Dienstleistungsgesellschaft, die Veränderungen in der Stellung der Arbeiter, das Vordringen der Angestellten und Beamten und das Verschwinden der Dienstboten – schon für sich legitime und wichtige Themen der Geschichtswissenschaft, auch wenn sie nicht mit der politischen Geschichte verknüpft werden. Zum anderen wird keine tiefere Analyse des Zusammenbruchs des sowjetischen Imperiums und der Sowjetunion ignorieren können, daß erst die in den 1970er und 1980er Jahren immer schärfer werdende wirtschaftliche und soziale Krise die politischen Korrekturen Gorbatschows ermöglichte oder erzwang, die dann ihrerseits ihrem Initiator offenbar aus der Hand glitten und den Umbruch in Ost- und Mitteleuropa möglich machten. Und wer wollte bestreiten, daß wirtschaftliche Defizite entscheidend zum Zusammenbruch der DDR beigetragen haben?

Es wurde weiter deutlich, daß – entgegen der marxistischen Theorie – Politik nicht allein sozial und ökonomisch determiniert wird, sondern daß kontingentes, nicht aus strukturellen Bedingungen herzuleitendes, von Ideen, Werten und kulturellen Normen bestimmtes, spontanes Handeln oft auch nur einzelner Personen oder kleiner Gruppen für den Gang der Geschichte von großer Relevanz sein kann⁴⁶. Generell wurde unterstrichen, daß neben militärischer und

⁴⁵ Undatierte Äußerung des alten Bismarck im Gespräch mit dem Superintendenten Max Vorberg, wiedergegeben mit ähnlichen Aussprüchen in: Arnold Oskar Meyer, Bismarcks Glaube. Nach neuen Quellen aus dem Familienarchiv, 4. Aufl., München 1933, S. 7, 64f.

⁴⁶ Vgl. dazu insbesondere Mommsen, Geschichtswissenschaft, S. 81.

ökonomischer Macht auch Konsens und Loyalität, Erwartungen und Hoffnungen der breiten Bevölkerung im Zeitalter der Massenkommunikation für die Stabilität oder Instabilität auch nicht-demokratischer politischer Systeme von großer Bedeutung sind. Der Geschichte der Mentalitäten und ihrer Veränderung wird man daher nicht mehr einen wichtigen Platz in der Geschichtswissenschaft verweigern können. Die Entwicklung in der DDR, vor allem in den 1980er Jahren, hat zudem die tiefe, sich gegen den Einheitsstaat wendende Verwurzelung der Traditionen der alten Länder verdeutlicht. Die Reföderalisierung der DDR war nicht nur eine Voraussetzung zur Erhaltung der bundesstaatlichen Homogenität der Bundesrepublik nach der Vereinigung, sie entsprach auch den offensichtlichen Wünschen der Bevölkerung. Die Erforschung der Landesgeschichte wird dadurch neuen Auftrieb erhalten.

Die Relevanz der internationalen Einbettung der deutschen Geschichte, aber auch der Geschichte des mitteleuropäischen Raumes ist durch die Ereignisse klar erwiesen worden. Die innere Entwicklung Deutschlands – das gilt für die Zeit bis 1989, den Prozeß der Vereinigung und sicher auch für die Zukunft – ist so entscheidend vom Mächtesystem bestimmt worden. Die wechselseitige Interdependenz von Außen-, Außenwirtschafts- und Innenpolitik, aber auch die bilateralen Beziehungen der Mächte sowie ihre Konflikte und ihre Zusammenarbeit im Rahmen übernationaler Organisationen haben sich als wichtige Gegenstände historischer Forschung erwiesen. Das wird zu einer weiteren Aufwertung einer nicht auf die Diplomatiegeschichte beschränkten Spezialdisziplin der Geschichte der internationalen Beziehungen⁴⁷ wie auch der internationalen Politik im Rahmen der Politikwissenschaft führen.

⁴⁷ Vielleicht ist es lohnend, die in den 1970er Jahren als Auseinandersetzung mit H.-U. Wehlers These vom sogenannten ‚Primat der Innenpolitik‘ in seiner Deutung des Deutschen Kaiserreiches begonnene, aber nicht zu Ende geführte Debatte innerhalb der deutschen Historiographie über den Rang der Geschichte der internationalen Beziehungen im Rahmen der allgemeinen Geschichte nach den Erfahrungen von 1989/91 neu zu führen. Vgl. für die damalige Debatte: Andreas Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 216, 1973, S. 529–552; Hans-Ulrich Wehler, *Moderne Politikgeschichte oder ‚Große Politik der Kabinette‘?*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Bd. 1, 1975, S. 344–369; Gustav Schmidt, *Wozu noch ‚politische Geschichte‘*. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik am Beispiel der englischen Friedensstrategie 1918/19, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 17, 1975,

V

Von grundlegender Bedeutung für unser Verständnis der Geschichte ist weiter die Tatsache, daß nicht der Druck einzelner sozialer Schichten und Klassen, sondern der die gesamte Gesellschaft erfassende Wunsch nach demokratischer Mitwirkung und wirtschaftlichem Aufschwung sowie vor allem die Sogkraft des Nationalen sich als die wichtigsten Motoren zur Erzwingung des Wandels im Umbruch 1989/91 erwiesen haben. Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat, hat offenbar in Europa mit dem gesellschaftlichen Wandel und der Kommunikationsrevolution der letzten Jahrzehnte, die zur Nivellierung der Lebensweisen und Werte, wenn auch nicht der Einkommen und Vermögen der sozialen Gruppen, beitrugen, an Dynamik – im Vergleich zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und der Zwischenkriegszeit – verloren.

Die Renaissance des Nationalstaates und nationalistischer Bewegungen in den Gebieten, in denen das kommunistische Herrschaftssystem zusammengebrochen ist, ist gewiß eine Entwicklung, die – wie die Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien, die Spaltung der Tschechoslowakei in zwei Staaten sowie die Erschütterungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion durch ethnische Auseinandersetzungen und die schwierigen Integrationsprobleme einer oft großen russischen Minderheit zeigen – mit starken Gefahren für Frieden, Freiheit und Demokratie verbunden ist. Die starken nationalen Momente in den Bewegungen für Freiheit und politische Selbstbestimmung vor allem in den ostmitteleuropäischen Staaten haben bewiesen, daß der Nationalismus Menschen in hohem Maße mobilisieren kann; er vermag aber nicht die inhaltlichen Ziele dieser Mobilisierung – die Ordnung von Verfassung, Wirtschaft und Gesellschaft und die die Gemeinschaft tragenden Werte – zu bestimmen⁴⁸.

S. 21ff.; Klaus Hildebrandt, *Geschichte oder ‚Gesellschaftsgeschichte‘*. Die Notwendigkeit einer politischen Geschichtsschreibung von den internationalen Beziehungen, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 223, 1976, S. 328–357.

⁴⁸ Vgl. James J. Sheehan, *Die immer gleiche Geschichte von Verstimmung und Enttäuschung. Der Einigungsprozeß endet nicht mit der (Neube-)gründung einer Nation*, *Frankfurter Rundschau*, 13. 3. 1990, wiederabgedruckt in: Udo Wengst

Wie Dieter Langewiesche in einer scharfsinnigen Analyse des Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert gezeigt hat⁴⁹, ist es auch nicht einfach möglich, die positive Wertung der Nation als einer umfassenden politischen Willensgemeinschaft, die die Liebe zum eigenen Vaterland, den Patriotismus, mit der Achtung vor den Eigenheiten anderer Nationen verbindet, von einem negativ definierten Nationalismus zu trennen, der sich aggressiv gegen andere Nationen wendet und innerhalb des eigenen Staates große Gruppen – wie etwa im Deutschen Reich Katholiken, Sozialisten, preußische Polen und schließlich Juden – als Fremde und Feinde ausgrenzt, entrechtet und verfolgt.

(Hg.), Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdiskussion (Februar 1990–Juni 1991), Bonn/Berlin 1992, S. 58–61; zur Bedeutung der nationalen Idee bei der Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte gegen die kommunistischen Diktaturen vgl. Gerhard Simon, Die Osteuropaforschung, das Ende der Sowjetunion und die neuen Nationalstaaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/92, S. 32–38; Dietrich Geyer, Der Zerfall des Sowjetimperiums und die Renaissance der Nationalismen, in: Heinrich-August Winkler/Hartmut Kaelble (Hg.), Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 156–186.

⁴⁹ Dieter Langewiesche, Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: Zwischen Partizipation und Aggression. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 24. Januar 1994, Gesprächskreis Geschichte, Heft 6, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1994. Die Ambivalenz des Nationalstaates, seine Leistungen und Gefahren unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Entwicklung betont auch Jürgen Kocka, Die Ambivalenz des Nationalstaates und die Perspektive der Einheit Europas, in: ders., Vereinigungskrise, S. 151–169. Aus der reichhaltigen Literatur über Nationalstaat und Nationalismus allgemein und besonders in Deutschland vgl. weiter Michael Mann, The Sources of Social Power, Bd. II: The Rise of Classes and Nation-States, 1760–1914, Cambridge University Press 1993; ders. (Hg.), The Rise and Decline of the Nation State, Oxford 1990; E. J. Hobsbawm, Nation und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt a. M. 1991; Hagen Schulze, Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1994; Bernd-Jürgen Wendt (Hg.), Vom schwierigen Zusammenwachsen der Deutschen. Nationale Identität und Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. etc. 1992; Wolfgang Hardtwig, Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500–1914. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1994; Otto Dann, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990, 2. Aufl. München 1994; ders. (Hg.), Die deutsche Nation. Geschichtete-Probleme-Perspektiven, Vierow bei Greifswald 1994; Winkler/Kaelble (Hg.), Nationalismus; Helmut Berding (Hg.), Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 2, Frankfurt am Main 1994.

Im Nationalstaat und in seiner Ideologie, dem Nationalismus, sind seit dem späten 18. Jahrhundert immer partizipative mit aggressiven Elementen eng miteinander verbunden gewesen. Das gilt besonders auch für die deutsche Geschichte, in der die Perversion des Nationalstaates mit dem Nationalsozialismus ihren Höhepunkt erreichte, als ganze als minderwertig angesehene Bevölkerungsgruppen vernichtet wurden und ein Großteil Europas unterdrückt wurde.

Karl Jaspers hat es daher auch nach dem Ende des Deutschen Reiches als historische Mission der Deutschen bezeichnet, Europa und die Welt vom Unheil und von der zerstörerischen Kraft des Nationalstaates zu überzeugen⁵⁰. Diese Mission ist nicht gelungen. Die Hoffnung vieler Deutscher, vor allem meiner Generation, daß ihnen die westeuropäische Integration zu einem Ersatzvaterland verhelfen werde, hat sich jedenfalls bis heute nicht erfüllt. Trotz des Übergangs immer weiterer Kompetenzen auf die Europäische Union ist diese als ein Europa der Vaterländer zu betrachten, und der Nationalstaat ist als zentrales Prinzip der politischen Ordnung der europäischen und außereuropäischen Welt trotz der Globalisierung der Wirtschaft und Kommunikation und des dringenden Erfordernisses einer staatenübergreifenden Umwelt- und Migrationspolitik erhalten geblieben und durch den Umschwung von 1989/91 noch weiter gestärkt worden.

Für seine Fortdauer auf absehbare Zeit auch in West- und Mitteleuropa spricht nicht nur die emotionale Bindung der meisten Menschen an ihren Nationalstaat, sondern auch die mangelnde Entwicklung demokratischer Institutionen in der Europäischen Union oder anderen übernationalen Institutionen⁵¹. Demokratische Mitbestimmung, die Regelung politischer ökonomischer und sozialer Konflikte ohne Gewalt, die Garantie von Menschen- und Bürgerrechten⁵² und der Schutz von Minderheiten, die Rechtssicherheit, aber auch die soziale

⁵⁰ Karl Jaspers, *Deutsches Nationalbewußtsein und Wiedervereinigung*, in: ders.: *Freiheit und Wiedervereinigung*, S. 39–56, hier S. 53.

⁵¹ Vgl. dazu M. Rainer Lepsius, *Nationalstaat oder Nationalitätenstaat als Modell für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft*, in: ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1993, S. 265–285.

⁵² Vgl. Ralf Dahrendorf, *Die Zukunft des Nationalstaates*, in: *Merkur*, Heft 546/547, 1994, S. 751–761.

Sicherheit des einzelnen – als Sozialgemeinschaft ist die Europäische Union noch völlig unterentwickelt⁵³ – werden noch immer am besten vom rechtsstaatlichen, freiheitlichen, demokratischen und sozialen Nationalstaat gewährleistet.

Für das vereinigte Deutschland scheinen mir – trotz der Anzeichen einer aggressiven Fremdenfeindlichkeit in gewissen Teilen der Bevölkerung – die Perspektiven sehr viel günstiger als in der Vergangenheit zu sein. Deutschland hat zum erstenmal in seiner neueren Geschichte eindeutige Grenzen, die – mit wenigen Ausnahmen – von seiner Bevölkerung und auch von seinen Nachbarn akzeptiert werden. Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt fallen zusammen⁵⁴. Seine Verfassung und seine politischen Institutionen sind demokratisch, rechtsstaatlich geprägt und grundsätzlich unangefochten. Sie haben sich, wie die Wirtschafts- und Sozialordnung, in der über 40jährigen Geschichte der alten Bundesrepublik bewährt. Zudem ist Deutschland vor allem durch die Europäische Union und die Nato fest in die westliche Gemeinschaft eingebunden, deren Normen und Werte von der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung aus innerer Überzeugung geteilt werden. Es besteht daher die Chance, daß in dem diffusen Begriff der Nation⁵⁵, in dem in der Vergangenheit in Deutschland kulturelle, ethnische und rassische Elemente überwogen, in Zukunft das Element der demokratischen Selbstbestimmung der Bürger dominieren wird und ein heterogener deutscher Nationalstaat den Rahmen für die Annäherung an eine für

⁵³ Vgl. Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, 2. Aufl., München 1991, S. 196–200; Bernd von Maydell, *Das Recht der Europäischen Gemeinschaften und die Sozialversicherung. Supranationales Sozialversicherungsrecht und Auswirkungen des EG-Rechts auf die nationale Sozialversicherung*, in: *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft*, Bd. 112, 1989, S. 1–24; Bernd Schulte, *Die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik*, in: Winkler/Kaelble (Hg.), *Nationalismus*, S. 261–287.

⁵⁴ Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Das Ende der Identitätsneurose*, Rheinischer Merkur, 7. 9. 1990, wiederabgedruckt, in: Wengst (Hg.), *Historiker*, S. 152–161, hier S. 158. – Über den Einfluß der Wiedervereinigung auf die Ansichten von der nationalen Identität der Deutschen vgl. Stefan Berger, *Historians and Nation-Building in Germany after Reunification*, in: *Past & Present* No. 148, 1995, S. 187–222.

⁵⁵ Vgl. dazu M. Rainer Lepsius, *Die Teilung Deutschlands und die deutsche Nation*, in: ders., *Demokratie*, S. 196–228, bes. S. 219ff.

Menschen verschiedener Rassen, Herkunft und Religionen offene Bürgergesellschaft bilden wird.

Generell gilt aber für Ost- und Mitteleuropa und Teile Zentralasiens, daß, wenn die sowjetischen Panzer verschwinden, die Vergangenheit und damit traditionelle Nationalismen mit ihrer zerstörenden, destabilisierenden Kraft, aber auch ältere geopolitische Konstellationen wieder lebendig werden. Die Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft haben alte Gegensätze und Leidenschaften offenbar nicht beseitigt, sondern nur oberflächlich überdeckt. Das Studium langfristiger historischer Kontinuitäten, die sich unterhalb der revolutionären Brüche und des Wechsels der Herrschaftssysteme erhalten haben, bleibt also eine zentrale Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Ein neuer Tocqueville ist gefragt⁵⁶.

Für die deutschen Historiker sollte der Umbruch auch ein Anstoß sein, die Tendenzen zum Provinzialismus und zur nationalen Nabelschau zu überwinden und sich intensiver mit der Geschichte Ost- und Südosteuropas, aber auch der außereuropäischen Welt zu beschäftigen.

Neben der Aufwertung der Kategorie der Nation und des Nationalstaates für die Geschichtsschreibung dürfte wohl auch das Konzept der Modernisierung in Zukunft wieder eine stärkere Beachtung bei der Analyse historischer Entwicklungen finden. Es ist allerdings kaum zu bestreiten, daß eine universale Entwicklung zu einer wachstumsorientierten, dynamischen und tendenziell egalitären demokratischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft westlichen Typs unrealisierbar ist, da in den meisten Ländern der Dritten Welt dafür alle institutionellen und mentalen Voraussetzungen fehlen. Auch kann man bezweifeln, daß eine solche Entwicklung, wenn sie denn möglich wäre, angesichts der mit der Modernisierung verbundenen schweren Krisen und ökologischen Kosten auch wünschenswert wäre.

Zur Analyse der Schwächen des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systems der Staaten des ehemaligen Ostblocks, einschließlich der DDR, hat sich aber das aus der Modernisierungstheorie abgeleitete Konzept der mangelnden Differenzierung der In-

⁵⁶ Vgl. dazu Kocka, Folgen, bes. S. 801 f.

stitutionen als sehr fruchtbar erwiesen⁵⁷. Die Konzentration der Macht in einer Staatspartei, die Generalkompetenz für alle Bereiche von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft beansprucht, das hierarchische Prinzip der Willensbildung und Entscheidungsfindung und insbesondere die zentralistisch-bürokratische Planung der Wirtschaft haben sich als Hemmschuh der Entwicklung erwiesen. In gleicher Weise haben das Fehlen autonomer intermediärer Organisationen, wie sie Interessenverbände und Selbstverwaltungskörperschaften darstellen, die zentrale, von der Partei gesteuerte und weniger an Leistung als politischem Wohlverhalten ausgerichtete Auswahl auch der funktionalen Eliten wie schließlich die Unterdrückung einer unabhängigen öffentlichen Meinung offenbar zu einem Zurücktreten von Rationalitätskriterien, zu einem Mangel an Flexibilität und Innovationspotential und zu einer oft grotesken Fehlallokation von knappen Ressourcen geführt. Auch die besonders in den 1960er Jahren klar gesehene Bedeutung der ‚Produktivkraft Wissenschaft‘⁵⁸ konnte sich unter solchen Bedingungen kaum entfalten.

Ein Beispiel für die ineffiziente Verteilung von Mitteln ist die den Staatshaushalt immer stärker belastende Subventionierung z. B. der Grundnahrungsmittel, Mieten, Verkehrstarife und Kinderkleidung in der DDR⁵⁹, die den Wohlhabenden ebenso wie den Armen zugute

⁵⁷ Vgl. M. Rainer Lepsius, Die Institutionsordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 17–30; Hartmut Zwahr, Kontinuitätsbruch und mangelnde Lebensfähigkeit. Das Scheitern der DDR, in: ebda., S. 554–558; Kocka, Überraschung und Erklärung, bes. S. 19f.; Joas/Kohli, Zusammenbruch; Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung; Gerd-Joachim Glaebner, Am Ende des Staatssozialismus. Zu den Ursachen des Umbruchs in der DDR, alle drei Aufsätze in: Joas/Kohli (Hg.), Zusammenbruch, bes. S. 22–24, S. 31–61, bzw. S. 70–92; vgl. weiter aber auch die differenzierte Analyse der Dilemmata und Probleme einer Modernisierung der osteuropäischen Gesellschaft von Klaus Müller, Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften, in: Leviathan, Bd. 19, 1991, S. 261–291.

⁵⁸ Kurt Tessmann, Probleme der technisch-wissenschaftlichen Revolution, Berlin [O] 1962, Hartmut Zimmermann, Politische Aspekte in der Herausbildung, dem Wandel und der Verwendung des Konzepts ‚Wissenschaftlich-technische Revolution‘ in der DDR, in: Deutschland Archiv, Jg. 9, 1976, Sonderheft: Wissenschaftlich-technische Revolution und industrieller Arbeitsprozeß, S. 17–51.

⁵⁹ Die Subventionierungskosten stiegen seit den 1970er Jahren immer stärker an und

kam und daher nicht nur ökonomisch unsinnig, sondern auch höchst unsozial war. Auch die starke Konzentration ökonomischer Ressourcen auf die Entwicklung der Microchips bei Vernachlässigung der Erhaltung und des Ausbaus der Infrastruktur und weitgehendem Verzicht auf Ersatzinvestitionen in andere Industriebereiche war eine irrationale, letztlich nur mit Streben nach Autarkie und Prestige zu erklärende Entscheidung. Die ersten in der DDR hergestellten 256-Kilobyte-Chips hatten so einen Selbstkostenpreis von 536 Mark das Stück, von dem die verarbeitenden Betriebe 16 Mark – das lag noch immer 100 Prozent über dem Weltmarktpreis – bezahlten, während der Staat sie mit 520 Mark subventionierte⁶⁰.

VI

Die Hauptaufgabe der deutschen Zeitgeschichtsschreibung⁶¹ in den nächsten Jahrzehnten ist die Erforschung der Geschichte der DDR und deren Einordnung in die Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen Geschichte. In einer Erhebung in der zweiten Jahreshälfte 1993 wurden zur DDR-Geschichte 759 laufende Forschungsprojekte registriert⁶². Durch diese und weitere Forschungen wird sich zweifel-

nahmen 1989 ein Viertel der gesamten geplanten Staatsausgaben in Anspruch. Vgl. Hans Günter Hockerts, Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Kocka/Puhle/Tenfelde (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, S. 790–804, bes. S. 794f.

⁶⁰ Günter Schabowski, Der Absturz, Berlin 1991, S. 126.

⁶¹ Hans Günter Hockerts spricht von einer dreigeteilten Zeitgeschichte, der älteren Zeitgeschichte vom Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, der Geschichte der Bundesrepublik und der Geschichte der DDR: Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft. Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1994, S. 136–163, bes. S. 142f.

⁶² Vgl. Th. Heimann (Bearb. unter Mitarbeit von Ralf Eicher und Stefan Wortmann), Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim, 1994. Die Umfrage wurde veröffentlicht von der Enquete-Kommission des deutschen Bundestags ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘. Diese Kommission legte am 31. 5. 1994 einen Bericht vor, der die kritische Aufarbeitung der Geschichte der DDR und ihrer Folgen mit dem Ziel verband, „historisch-politische Hintergründe und Zu-

los auch das Bild der Geschichte der alten Bundesrepublik und der Ost-West-Beziehungen der Jahrzehnte zwischen 1945 und 1990 wesentlich ändern.

Für die Erforschung der DDR stehen seit deren Zusammenbruch und der damit verbundenen weitgehenden Öffnung ihrer Archive eine Fülle neuer Quellen und Informationen zur Verfügung⁶³. Neben der bereits bestehenden Zentren zur Erforschung der Geschichte der DDR, etwa in Mannheim, sind neue Forschungsinstitutionen wie der Potsdamer ‚Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien‘, eine spezielle Außenstelle des Münchner Instituts für Zeitgeschichte oder die Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen getreten. Bei der Auswahl des Personals der neuen Forschungsinstitute wurde bewußt eine Vermischung von Forschern aus der alten Bundesrepublik mit vor allem jüngeren Forschern aus der Ex-DDR angestrebt.

Inzwischen hat auch eine intensive Diskussion über die bei der Erforschung der Geschichte der DDR zu verwendenden Kategorien, Methoden und Fragestellungen begonnen. Dabei wird im Unter-

sammenhänge, Ursachen und Wirkungen im Hinblick auf die Gegenwart zu klären, daraus Erkenntnisse für die Politik der inneren Einheit zu gewinnen und Empfehlungen zu erarbeiten, wie mit den Erblasten der DDR-Vergangenheit umgegangen werden soll“ (S. 279). Historische Forschung und politische Willensbildung wurden also eng verknüpft. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/7820. Von den Forschungsprojekten behandeln 123 kulturgeschichtliche, 68 sozial- und lebensgeschichtliche Fragen. 45 beziehen sich auf die Wirtschaft und 51 auf die Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften bzw. die staatliche Kirchenpolitik. Die Blockparteien behandeln 36, die Massenorganisationen und gesellschaftlichen Organisationen 24 und 45 die Struktur, Stellung und Aktivitäten der SED. Das Rechtssystem (28), das Ministerium für Staatssicherheit (30) und der Militär- und Polizeiapparat (15) finden viel Aufmerksamkeit. 18 Studien haben die Außenpolitik und weitere 18 speziell die Deutschlandpolitik der DDR zum Gegenstand. Staatliche Verfolgung und oppositionelles Verhalten sollen in 53 Projekten thematisiert werden. 50 Projekte sind der politischen Geschichte zuzurechnen, 18 Untersuchungen haben einen regionalen Schwerpunkt, 24 befassen sich mit Ideologie und Staatstheorie, 14 haben eine vergleichende Perspektive, in 109 Projekten sollen Ursache, Entwicklung und Folgen des Zusammenbruchs der DDR und der Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern thematisiert werden.

⁶³ Vgl. die Ausführungen über die ‚Archive zur Erforschung der DDR-Geschichte‘ und deren Adressen, in: Bericht der Enquete-Kommission (Anm. 62), S. 234–249, 298–306.

schied zur Entwicklung vor 1989, als sich die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik und der DDR immer mehr als voneinander weitgehend abgeschlossene Teildisziplinen etablierten⁶⁴, jetzt wieder der Zusammenhang, die Verflechtung der beiden deutschen Staaten stärker betont. Dabei handelt es sich sowohl um deren konkrete Beziehungen wie vor allem um Wechselwirkungen.

Die Bundesrepublik legitimierte sich in ihrem politischen, wirtschaftlichen und sozialen System in starkem Maße durch die bewußte Abgrenzung vom negativen Kontrastbild der DDR und wurde, wie überhaupt die westliche Demokratie, durch die Herausforderung aus dem Osten stabilisiert. Die DDR war in noch weit stärkerem Maße auf die Bundesrepublik fixiert und deren ungeheurer Sogkraft ausgesetzt. Da große Teile der DDR-Bevölkerung in der Bundesrepublik den freiheitlicheren und wohlhabenderen deutschen Staat sahen, war hier der Bezug zur Bundesrepublik, wie die Flucht oder Übersiedlung von etwa 2,75 Millionen Menschen aus dem Gebiet der DDR in

⁶⁴ Typisch für die jeweils separate Behandlung der Geschichte der beiden deutschen Staaten sind die großen Gesamtdarstellungen beider Seiten: Karl Dietrich Bracher/Theodor Eschenburg/Joachim C. Fest/Eberhard Jäckel (Hg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 5 Bde., Stuttgart/Mannheim 1981–1987; Wolfgang Benz (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden*, Frankfurt a.M. 1983; Rolf Badstübner u. a., *Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik*, 2. Aufl., Berlin [O] 1984; ders. u. a., *Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949*, *Deutsche Geschichte*, Bd. 9, Berlin [O] 1989. Vgl. weiter die Forschungsübersblicke von Hermann Weber, *Die DDR 1945–1990*, 2. Aufl. München 1993, und Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, 3. Aufl., München 1994. – Christoph Kleßmann in seinen Werken *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, 5. Aufl., Göttingen 1991 und *„Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970“*, Göttingen 1988, geht stark auf die Verflechtungen und Wechselwirkungen der beiden Staaten ein, bleibt aber – von den ersten Jahren der Besatzungszeit abgesehen – bei einer zeitlichen und inhaltlichen Parallelisierung der jeweiligen Kapitel zur ost- und westdeutschen Geschichte. Ähnlich geht Adolf M. Birke in seinem die DDR sehr viel knapper als die Bundesrepublik behandelnden Werk *„Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961“*, Berlin 1989, vor. Eine systematische Herausarbeitung von Parallelen und Unterschieden zwischen den beiden deutschen Staaten prägt dagegen das Buch von Mary Fulbrook, *The Divided Nation. A History of Germany 1918–1990*, Oxford/New York 1992; vgl. auch dies., *The Two Germanies 1945–1990. Problems of Interpretation*, Atlantic Highlands, NJ., 1992.

die Bundesrepublik und Westberlin von 1945 bis 1961⁶⁵ und schließlich auch die Massenbewegung in der DDR zur Vereinigung mit dem westdeutschen Staat 1989/90 zeigten, ein Element der Destabilisierung⁶⁶. Die mangelnde Legitimität durch fehlende demokratische Mitwirkungsrechte und wirtschaftliche Erfolge, die, im Gegensatz etwa zu Polen und Ungarn, nicht durch die Betonung der nationalen Gemeinschaft der Staatsbürger kompensiert werden konnte, wurde durch das Gegenbild der Bundesrepublik besonders deutlich. Das künstliche Konzept der besonderen sozialistischen deutschen Nation schlug keine tieferen Wurzeln.

Neben der Untersuchung der Beziehungen, Wechselwirkungen, Verflechtungen und Abgrenzungen⁶⁷ zwischen den beiden deutschen Staaten ist natürlich für viele Bereiche auch deren separate Darstellung weiterhin von großer Bedeutung für die historische Forschung. Daneben wird vermutlich in Zukunft noch stärker als bisher die Prägekraft der internationalen Beziehungen, vor allem die Einbettung der beiden Staaten in verschiedene Machtblöcke, betont werden. Für deren innere Entwicklung war dabei die Westintegration der Bundesrepublik von mindestens ebenso großer Bedeutung wie die Ostintegration der DDR.

Schließlich kann man versuchen, die DDR wie die Bundesrepublik in die weiter zurückliegenden historischen Zusammenhänge der deutschen Geschichte einzuordnen. Wie stark wirkten spezifische deutsche Traditionen, etwa die Bestrebungen der Arbeiterbewegung, die bewußt unpolitische Haltung vieler Bildungsbürger oder autoritäre Strukturen und obrigkeitsstaatliche Mentalitäten und Verhaltensweisen, in der DDR weiter? War die DDR insofern der ‚deutscheren‘ der beiden deutschen Nachkriegsstaaten?

Wolfgang J. Mommsen hat versucht, die relative Schwäche der Oppositionsbewegung in der DDR und die geringen Erfolge bei der

⁶⁵ Vgl. dazu Helge Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer*, Düsseldorf 1994, bes. S. 42–48.

⁶⁶ Vgl. für die unterschiedlichen Auswirkungen des gegenseitigen Bezugs auf die beiden deutschen Gesellschaften Lepsius, *Die Teilung Deutschlands*, bes. S. 214–219.

⁶⁷ Vgl. zu den Problemen dieses Ansatzes Christoph Kleßmann, *Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/93, S. 30–41.

Auflockerung der kommunistischen Herrschaft vor dem Oktober 1989 im Vergleich vor allem zu Polen und Ungarn sowie der Tschechoslowakei wesentlich auch mit solchen historischen Hypotheken der DDR zu erklären⁶⁸. Damit wird aber m. E. die ständige Schwächung der Opposition der DDR durch den Aderlaß der Flucht und später durch die faktische Ausweisung von Regimekritikern in die Bundesrepublik, die die aktiven kritischen Elemente am stärksten erfaßte, nicht genügend in Rechnung gestellt. Dagegen hat Mommsen, wie das schon vorher T. Garton Ash mit Nachdruck getan hatte⁶⁹, zu Recht auch die einseitige Orientierung der deutschen Ostpolitik an den Trägern des etablierten Systems bei weitgehender Ignorierung der Opposition kritisiert.

Vor allem aber muß die abweichende Konstellation der nationalen Frage bei dem Vergleich etwa mit Polen und Ungarn stärker ins Licht gerückt werden. Die in den ostmitteleuropäischen Ländern so wirksamen Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung konnten von der DDR angesichts des Fehlens einer nationalen Identität nicht geduldet werden. Dem entsprach die Tabuisierung der nationalen Frage, die größere Reformen im Rahmen des bestehenden Systems unmöglich machte. Mit der Aufgabe des Charakters als sozialistischer Klassenstaat und der Gewährung demokratischer Selbstbestimmungsrechte hätte die DDR zugleich ihre weitere Existenzberechtigung verloren. Insgesamt überwog m. E. eindeutig der Bruch mit der deutschen Vergangenheit und die oft fast sklavische Nachahmung des Modells der Sowjetunion durch die ‚Klientelnation‘ DDR⁷⁰.

Als wichtiges Instrumentarium zu einem tieferen Verständnis der Geschichte der DDR wird sich wahrscheinlich die Methode der historischen Komparatistik, also des Vergleichs, erweisen. Dabei muß

⁶⁸ Wolfgang J. Mommsen, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: ebda., S. 20–29f.

⁶⁹ Garton Ash, Im Namen Europas, bes. S. 537–544. Ash kritisiert insbesondere die weitgehende Ignorierung der Bürgerrechtsbewegung in den mitteleuropäischen Staaten durch die Regierung, aber auch die Oppositionsparteien in der Bundesrepublik Deutschland.

⁷⁰ Vgl. Klaus-Georg Riegel, Klientelnationen: Der Fall der DDR, in: Bernd Estel/Tilman Mayer (Hg.), Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven, Opladen 1994, S. 219–241.

selbstverständlich betont werden, daß – im Gegensatz zu populären Mißverständnissen – es sich dabei um die Darstellung und Analyse von Ähnlichkeiten *und* Unterschieden handelt, ‚vergleichen‘ also keineswegs ‚gleichsetzen‘ bedeutet, und die Kriterien des Vergleichs möglichst genau präzisiert werden müssen.

Als Vergleichsobjekt bietet sich dabei zunächst die alte Bundesrepublik an. Auch für die systematischen Sozialwissenschaften dürfte dieser Vergleich besonders interessant sein, da die beiden deutschen Staaten, die 1945 durch künstliche Trennung entstanden, gleichsam als eine Art Versuchsanordnung in einem Laboratorium für die Analyse der konkreten Auswirkungen unterschiedlicher politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Systeme angesehen werden können⁷¹. Daneben hat m. E. allerdings auch der Vergleich der DDR mit anderen westlichen Industriegesellschaften, wie Hartmut Kaelble am Beispiel Frankreichs gezeigt hat⁷², seine Berechtigung.

Eine größere Rolle werden wohl in Zukunft die bisher nur wenig entwickelten und natürlich innerhalb der DDR bis 1989 tabuisierten Vergleiche von NS- und SED-Diktatur spielen, die teilweise auch auf das ältere Konzept des Totalitarismus zurückgreifen können⁷³.

⁷¹ Vgl. Hockerts, *Zeitgeschichte*, S. 161f.; Claus Offe, Die deutsche Vereinigung als ‚natürliches Experiment‘, in: Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hg.), *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*, Berlin 1991, S. 77–86.

⁷² Hartmut Kaelble, Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte*, S. 559–580, bes. S. 574 ff.

⁷³ Hans Günter Hockerts hat mit Recht darauf hingewiesen (*Zeitgeschichte* nach der Epochenwende, S. 98), daß „einige Denker, die sich dieses Begriffs noch ganz selbstverständlich bedient haben, eine deutlich bessere Prognosekapazität bewiesen haben als andere, die den Totalitarismusbegriff scheuen wie der Teufel das Weihwasser“. Er verweist in diesem Zusammenhang auf Talcot Parsons, Ralf Dahrendorf und Hannah Arendt, die den Untergang des totalitären Kommunismus vorhergesagt haben. – In der Bundesrepublik hat besonders Karl Dietrich Bracher die anhaltende Bedeutung des Konzepts des Totalitarismus betont und sich gegen dessen Tabuisierung gewandt. Vgl. Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen – Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, 5. Aufl., München 1984; ders., Diskussionsbeitrag, in: *Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse. Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978*, München/Wien 1980, S. 10–17; ders., *Die totalitäre Erfahrung*, München/Zürich 1987. Eckart Jesse, *War die DDR totalitär?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/94, S. 12–23, vertritt in einer differenzierten Analyse, die zwischen verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte unterscheidet, die These, daß die DDR sich „von einem durch und durch totalitären

Sicher werden solche Vergleiche berücksichtigen müssen, daß das NS-System aus deutschen Wurzeln entstand und tief in die deutsche Geschichte eingebettet war, während die SED-Diktatur von außen oktroyiert wurde. Auch bestehen fundamentale Unterschiede darin, daß es in der DDR trotz der unmenschlichen Züge des Systems nicht zu staatlich gelenkten Massenmorden oder zur Auslösung eines Angriffskrieges und grausamen Unterdrückung der eroberten Völker gekommen ist. Weiter waren die sozialgeschichtlichen und geistesgeschichtlichen Wurzeln, die Ideologien und die sozialen und ökonomischen Inhalte der beiden Systeme zutiefst verschieden. Auch ist das Konzept des Totalitarismus zwar nicht falsch, aber doch zu wenig differenziert für die Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der alltäglichen gesellschaftlichen Wirklichkeit in den beiden Systemen. Die radikale Umwandlung von Wirtschaft und Gesellschaft, die vollständige Ablösung der alten sozialen Führungsschichten durch Ermordung, Enteignung und Vertreibung waren typisch für die DDR, während sie im NS-Deutschland – wenn man von der ‚Ausmerzungen‘ der jüdischen Eliten absieht – im Ansatz steckenblieben. Auch die Umgestaltung des Erziehungswesens und die Eingriffe in Kultur und Wissenschaft gingen als Konsequenz der Zielvorstellungen, aber auch der langen Dauer des Regimes in der DDR sehr viel tiefer. Schließlich gab es bei den führenden Politikern der DDR keine Entsprechung zu der charismatischen Person Hitlers.

Andererseits bestehen deutliche Parallelen in der Ablehnung liberal-demokratischer Institutionen, der mangelnden Rechtsstaatlichkeit, der ständigen Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten und der Etablierung der Herrschaft einer Staatspartei. Das Phänomen des ‚Doppelstaates‘, des Nebeneinander von Partei und Staat, das für den Nationalsozialismus besonders im Altreich bis zum Krieg kennzeichnend war⁷⁴, hat es in der DDR, in der sich die SED den Staat völlig unterwarf, allerdings nicht gegeben. Gemeinsam waren die weitgehend erfolgreichen Versuche zur Ausschaltung intermediärer

System in den ersten Jahren in eine zunehmend auch von autoritären Zügen bestimmte Diktatur umgeformt“ habe, S. 13.

⁷⁴ Das Konzept des ‚Doppelstaates‘ wurde von Ernst Fraenkel zur Analyse des Herrschaftssystems des Nationalsozialismus entwickelt. Deutsche Ausgabe des 1941 zunächst unter dem Titel ‚Dual State‘ in Englisch erschienenen Buches: Der Doppelstaat, Frankfurt am Main/Köln 1974.

autonomer Kräfte und Organisationen durch eine Politik der Gleichschaltung und die Errichtung eines umfangreichen Systems zur Überwachung und Terrorisierung der Bevölkerung und zur Unterdrückung jeder Opposition⁷⁵. Beide Staaten versuchten zudem, die Repression mit Hilfe der systematischen Ausnutzung moderner Mittel der Massenbeeinflussung zur Mobilisierung der Bevölkerung und ihrer Gewinnung für die Ziele des Regimes zu ergänzen.

Gerade vergleichende Untersuchungen könnten schließlich zeigen, inwieweit die beabsichtigte Steuerung der Gesellschaft und die Schaffung eines ‚neues Menschen‘ nach allerdings extrem unterschiedlichen ideologischen Vorgaben gelungen ist bzw. in Ansätzen steckenblieb oder scheiterte. Für letzteres waren die Ineffizienz und inneren Widersprüche der Systeme, die Rivalität ungenügend koordinierter Machträger und Teilbereiche, aber auch die Resistenz der betroffenen Menschen, ihre Fähigkeit, sich den Zumutungen der Regime zu entziehen, ausschlaggebend. Das Potential der Resistenz scheint dabei in der DDR wegen der geringeren Wirkung der staatlichen Propaganda, der wirtschaftlichen Schwäche des Regimes und des positiven Kontrastbildes der Bundesrepublik erheblich größer gewesen zu sein als im NS-Regime. Das galt auch trotz der so viel längeren Dauer der Herrschaft der SED und der größeren Dichte des Überwachungs- und Terrorapparats, die auch damit zusammenhing, daß die Gestapo aufgrund der größeren Zustimmung der Bevölkerung zum NS-System sich mehr auf Denunziationen verlassen konnte. Daneben gab es im Unterschied zum NS-System besonders im letzten Jahrzehnt der DDR vor allem unter dem Dach der Kirche – wenn auch schwächer als in Polen und der Tschechoslowakei – das Phänomen der in die Öffentlichkeit hineinwirkenden Dissidenten.

Neben dem Vergleich zur NS-Diktatur unter struktur- und erfahrungsgeschichtlichen Fragestellungen kann natürlich auch die bisher noch völlig vernachlässigte Herausarbeitung von Parallelen und Unterschieden zwischen der DDR und der Sowjetunion bzw. anderen Staaten des Ostblocks sinnvoll und fruchtbar sein.

⁷⁵ Vgl. für die Diskussion von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der beiden deutschen Diktaturen Jürgen Kocka, Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: ders. (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 9–26, bes. S. 22–24; ders.; Nationalismus und SED-Diktatur im Vergleich, in: ders., Vereinigungskrise, S. 91–101.

Die Ergebnisse der neuen intensiven Beschäftigung mit der DDR stehen noch weitgehend aus. Es deutet sich aber schon jetzt an, daß das Bild des ostdeutschen Staates sehr viel düsterer werden wird als es in der älteren westdeutschen Forschung zur DDR erschien – von den beschönigenden, zur Legitimation des Regimes dienenden Arbeiten in der DDR selbst gar nicht zu sprechen. Das Ausmaß der Überwachung und Unterdrückung der Bevölkerung, die einseitige Privilegierung der Nomenklatura auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung, die mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Vernachlässigung der Erhaltung und des Ausbaus der Infrastruktur sowie die rigorose Ausbeutung und Beschädigung der Natur werden noch deutlicher hervortreten. Auch die vielfach von früheren Anhängern des Regimes vertretene Auffassung, die eine von einer breiten Bevölkerungsmehrheit getragene, relativ demokratische Aufbauphase mit der späteren Verhärtung und Auflösung des Regimes kontrastiert, ist falsch. Obwohl der Überwachungsapparat noch nicht voll ausgebaut war, nahm die Unterdrückung in den ersten Jahren noch schärfere Züge an als in den Spätjahren der DDR, in denen der Bevölkerung einige Freiräume zugestanden werden mußten. Trotzdem wäre es sicher falsch, die Geschichte der DDR, wie das lange für die Geschichtsschreibung über die Weimarer Republik typisch war, nur von ihrem Untergang her als Vorgeschichte ihres Endes, als Prozeß der Selbstzerstörung eines Staates zu schreiben⁷⁶ und die verschiedenen Phasen dieser Geschichte und die alternativen Entwicklungsmöglichkeiten zu ignorieren.

Gegenüber der älteren Geschichtsschreibung zur DDR, die sich vor allem auf das Herrschaftssystem und die politische Geschichte konzentrierte, werden vermutlich die Wirtschaftsgeschichte, die aber den entscheidenden Einfluß der politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft stark berücksichtigen muß, und die Sozialgeschichte einer zutiefst ‚durchherrschten Gesellschaft‘⁷⁷, in der es aber trotzdem Bereiche einer relativen sozialen Autonomie gab⁷⁸, eine größere Bedeutung erlangen. Allerdings

⁷⁶ Kocka, DDR als Forschungsproblem, S. 11.

⁷⁷ Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 547–553.

⁷⁸ Das betont Ralph Jessen in seinem konzeptionell sehr interessanten Aufsatz, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Ge-

wird dabei im Unterschied zur Sozialgeschichte demokratischer, pluralistischer Gesellschaften weniger nach der sozialen Determinierung politischer Prozesse als umgekehrt nach der politischen Determinierung sozialer Prozesse gefragt werden⁷⁹. Wahrscheinlich wird auch das Konzept der Generationen und der spezifisch generationellen Erfahrungen verstärkt Eingang in die DDR-Geschichte finden⁸⁰. Schon jetzt zeigt sich zudem, daß nicht nur das politische und wirtschaftliche System der DDR und der alten Bundesrepublik völlig verschieden war, sondern daß auch die gesellschaftlichen Auffassungen von der Rolle der Frau und der Familie, der Stellung des Betriebes oder der Kirche im Leben des einzelnen oder die Systeme der sozialen Sicherheit und der Regelung der Arbeitsverhältnisse sich weit auseinanderentwickelt haben⁸¹.

schichte und Gesellschaft 21, 1995, S. 96–110. Jessen verweist auf die tolerierten ‚Nischen‘, die Datschen- und Schrebergärtenkultur, die Schattenwirtschaft der Tauschgeschäfte mit knappen und begehrten Gütern, die gewisse Marktelemente in die rigide Planwirtschaft einführt, und vor allem die informellen Strukturen und Beziehungsnetzwerke *innerhalb* der formellen Strukturen sowie die damit verbundenen Erscheinungsformen des Klientelismus, der Kompetenzwillkür und der ‚Privatisierung‘ öffentlicher Ressourcen.

⁷⁹ Vgl. dazu auch die Bemerkungen von Jürgen Kocka, Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/94, S. 34–45, bes. S. 37, jetzt auch in Kocka, Vereinigungskrise, S. 102. Zu den Problemen einer Sozialgeschichte der DDR vgl. weiter Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 19, 1993, S. 5–14.

⁸⁰ Vgl. dazu die allerdings nur Zeitgenossen im Alter von 58–81 Jahren erfassenden Interviews mit DDR-Bürgern vor dem Umbruch, in: Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wierling, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen, Berlin 1991; vgl. weiter Dorothee Wierling, Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der 60er Jahre, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte, S. 404–425, sowie die Erörterung der DDR-Bindung durch generationstypische, lebensgeschichtliche Erfahrungen, in: Hartmut Zwahr, Umbruch, S. 447–452.

⁸¹ Vgl. Kaelble, Die Gesellschaft der DDR, bes. S. 559–574; Michael Vester/Michael Hofmann/Irene Zierke (Hg.), Soziale Milieus in Ostdeutschland, Köln 1995. Wie stark beispielsweise das System der sozialen Sicherheit – im Gegensatz zur alten Bundesrepublik – mit den überkommenen Traditionen brach, zeigt Dierk Hoffmann, Die Neuordnung der Sozialversicherung in der SBZ/DDR 1945–1956, phil.-Diss. München 1994, Manuskript. Die Arbeit wird in Kürze in der vom Münchner Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Reihe ‚Studien zur Zeitgeschichte‘ veröffentlicht werden. Für die parallele Entwicklung in der Bundesrepublik vgl. Hans Günter Hok-

Die innere Einheit Deutschlands zu erreichen und zu verhindern, daß es in der neuen Bundesrepublik zu einem dauernden West-Ost-Gegensatz kommt – ähnlich dem die Entwicklung Italiens von der staatlichen Einigung 1860 bis heute so stark belastenden Gegensatz zwischen dem Norden und Süden des Landes⁸² –, ist wohl die wichtigste Aufgabe der neuen Bundesrepublik in den kommenden Jahrzehnten. Dazu gehört nicht nur die Bewältigung der gewaltigen strukturellen Probleme, die sich aus der Transformation der DDR in ein marktwirtschaftliches nichtkommunistisches System ergeben⁸³

kerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980. Für Unterschiede im Denken und der Mentalität vgl. Stefan Hradil, Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und Altlasten in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/95, S. 3–15; Michael Vester, Deutschlands feine Unterschiede. Mentalitäten und Modernisierung in Ost- und Westdeutschland, in: ebda., S. 16–30; Rosemarie Beier, Bericht zur (mental)en Lage der Nation. Was die Besucher einer Berliner Ausstellung über die deutsch-deutsche Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft denken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/95, S. 10–18.

⁸² Vgl. Jens Petersen, Quo vadis, Italia? Ein Staat in der Krise, München 1995, bes. Kapitel IV, S. 103–122.

⁸³ Die Erforschung des Zusammenbruchs der kommunistischen Systeme einschließlich des Systems der DDR und ihrer Transformation in marktwirtschaftliche, pluralistische Demokratien ist ein Schwerpunkt der Arbeit der systematischen Sozialwissenschaften. Vgl. z. B. Judy Batt, The End of Communist Rule in East-Central Europe: A Four-Country Comparison, in: Government and Opposition, Bd. 26, 1991, S. 368–390. Der Artikel behandelt Polen und Ungarn, die das bestehende System vergeblich durch Reformen zu erhalten versuchten, sowie die Tschechoslowakei und die DDR, deren Regimes jede Art von Reform ablehnten. Vgl. weiter Joas/Kohli, Zusammenbruch; Rolf Reißig (Hg.), Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland, Frankfurt a. M. 1993; ders./Gert Joachim Glaeßner (Hg.), Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit, Berlin 1991; Gert Joachim Glaeßner (Hg.), Der lange Weg zur Einheit. Studien zum Transformationsprozeß in Ostdeutschland, Berlin 1993; Ursula Schröter, Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozeß. Eine soziologische Analyse zur sozialen Situation ostdeutscher Frauen (1990–1994), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 31–42; Kerstin Seiring, Ostdeutsche Jugendliche fünf Jahre nach der Wiedervereinigung, ebda., S. 43–55. Dietmar Wittich (Hg.), Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland, Berlin 1994; Hildegard Maria Nickel/Jürgen Kühl/Sabine Schenk (Hg.), Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch, Berlin 1994; Hiltrud Naßmacher/Oskar Niedermayer/Hellmut Wollmann (Hg.), Politische Strukturen im Umbruch, Berlin 1994. Die beiden letzten Sammelbände enthalten Studien, die von der Kommission für die Erforschung des sozialen

und bisher zu einer dramatischen Deindustrialisierung und einer hohen strukturellen Massenarbeitslosigkeit geführt haben. Dazu zählt auch die Überwindung der psychologischen Schwierigkeiten, die mit der schockartigen Anpassung an ein neues Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystem und an die in der neuen Gesellschaft herrschenden unterschiedlichen Werte und Verhaltensweisen verbunden sind.

Die innere Entfremdung der beiden Teile Deutschlands hat eine ihrer wesentlichen Wurzeln in der geteilten Vergangenheit und den daraus resultierenden anderen historischen Erfahrungen, aber auch in dem unterschiedlichen Verständnis der vor 1945 liegenden deutschen Geschichte. Letzteres läßt sich wohl am besten am Beispiel des Umgangs mit der NS-Zeit in beiden Teilen Deutschlands demonstrieren⁸⁴. Für beide Staaten bedeutete der Nationalsozialismus ein negatives Bezugssystem für das eigene Selbstverständnis. In der älteren Bundesrepublik, für die sich bald das Schlagwort ‚Bonn ist nicht Weimar‘ durchsetzte, wollte man – wie das auch in den Bestimmungen des Grundgesetzes zum Ausdruck kommt⁸⁵ – die Fehler der Weimarer Republik korrigieren, um eine lebensfähige, wehrhafte und stabile parlamentarische Demokratie zu errichten und die Wiederkehr einer ähnlichen Katastrophe wie der des Nationalsozialismus zu verhindern. Obwohl eine wirklich intensive breite Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit unter dem Schlagwort der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ erst relativ spät einsetzte, konnte sich die Bundesrepublik dieser Aufarbeitung auch als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, die eine Kollektivhaftung und die Verpflichtung zur Wiedergutmachung übernommen hatte, schließlich nicht entziehen. Als dauernde Mahnung und als Bezugspunkt für die Analyse von Mängeln des eigenen Systems spielt die NS-Zeit daher in den Diskussionen bis heute eine wesentliche Rolle.

und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V.‘ (KSPW) finanziert wurden.

⁸⁴ Vgl. zum unterschiedlichen Umgang der beiden deutschen Staaten und Österreichs mit der NS-Geschichte M. Rainer Lepsius, *Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des ‚Großdeutschen Reiches‘*, in: ders., *Demokratie*, S. 229–245.

⁸⁵ Vgl. bes. Friedrich Karl Fromme, *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur*, 2. Aufl., Tübingen 1962.

In der DDR hat man mit dem Begriff des Faschismus den Nationalsozialismus universalisiert und den eigenen ‚antifaschistischen‘ Arbeiter- und Bauernstaat gewissermaßen außerhalb der eigenen Vorgeschichte verortet. Die Schuld an der Machtergreifung der Nationalsozialisten und ihren Verbrechen wurde nicht der eigenen Bevölkerung, sondern einseitig den Monopolkapitalisten, den Militaristen und dem Junkertum auferlegt, die man, im Gegensatz zur Bundesrepublik, mit dem Nachvollzug der gescheiterten Revolution von 1918/19 beseitigt habe.

Während in der Bundesrepublik mit dem Begriff des ‚Totalitarismus‘ Ähnlichkeiten zwischen der NS-Diktatur und der DDR-Diktatur herausgearbeitet wurden, diente der Vorwurf des ‚Faschismus‘ vor allem in den 1950er und 1960er Jahren in der DDR zur Diffamierung der Bundesrepublik, aber auch zur Denunzierung der Opposition im eigenen Lande⁸⁶. So wurde selbst der Aufstand vom 17. Juni 1953 offiziell als ein von außen angestifteter und organisierter ‚faschistischer Putsch‘ verurteilt⁸⁷. Zudem versuchte sich die DDR mit einem Erfolg gerade mit der Berufung auf ihren ‚Antifaschismus‘ eine sozial über die Arbeiterschaft hinausreichende Basis zu geben und sich historisch gegenüber dem Ausland zu legitimieren. Der in hohem Maße politisch instrumentalisierte und je nach politischer Absicht mit sehr unterschiedlichem Inhalt unterlegte Begriff des ‚Antifaschismus‘⁸⁸ verhinderte dabei die innere Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und besonders dem Massenmord an den Juden als Teil der eigenen Vorgeschichte. Der DDR-Bürger bekam das Gefühl, nichts damit zu tun zu haben. Hitler, so schien es, war ein Westdeutscher⁸⁹.

Auch in vielen anderen Bereichen unterscheidet sich das allerdings generationell stark differierende Geschichtsbewußtsein der Men-

⁸⁶ Jürgen Danyel, Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949, in: Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung, S. 129–147; vgl. weiter Agnes Blänsdorf, Zur Konfrontation mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich. Entnazifizierung und Wiedergutmachungsleistungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/87, S. 3–18.

⁸⁷ Vgl. Mitter/Wolle, Untergang, bes., S. 153 ff.

⁸⁸ Danyel, Geteilte Vergangenheit, bes. S. 133 f.

⁸⁹ Vgl. Peter Bender, Deutsche Parallelen, Berlin 1989, S. 48.

schen in den neuen von dem der Menschen in den alten Bundesländern mit wesentlichen Konsequenzen für die jeweils vertretenen Werte, Einstellungen und Orientierungsmuster⁹⁰. Die Erfahrungen einer mehr als vier Jahrzehnte andauernden geteilten Vergangenheit mit all ihren Gefahren für die innere Einheit der Deutschen können nicht durch die Geschichtswissenschaft, die sich ohnehin nicht als Stifterin des Sinns und der Identität einer Gesellschaft eignet, oder durch den Geschichtsunterricht aufgehoben werden. Ein realistisches Bild dieser geteilten Vergangenheit zu erarbeiten, stellt aber trotzdem eine gewaltige Herausforderung für die Zeitgeschichtsforschung der nächsten Jahrzehnte dar. Dies ist aber nur ein Aspekt, wenn es darum geht, unsere Vorstellungen von den großen Linien der historischen Entwicklung und den sie tragenden Kräften sowie unsere Kategorien und Methoden zu deren Beschreibung und Analyse grundlegend zu überprüfen, wie es uns der tiefe Umbruch von 1989/91 auferlegt.

Es bleibt abzuwarten, ob das nicht nur für Historiker faszinierende Erlebnis von 1989/91 der ‚Geschichte im Entstehen‘⁹¹ uns bei dieser

⁹⁰ Vgl. vor allem zum unterschiedlichen Geschichtsbewußtsein in Westdeutschland und der Ex-DDR die Aufsätze in: Werner Weidenfeld (Hg.), *Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis*, Köln 1993; Werner Weidenfeld/Felix Philipp Lutz, *Die gesplante Nation. Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen nach der Einheit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 31–32/92, S. 3–22; Jörg Calließ (Hg.), *Historische Orientierung und Geschichtskultur im Einigungsprozeß*, Rehburg/Loccum 1991; ders. (Hg.), *Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Geschichte. Zur historischen Orientierung im Einigungsprozeß*, Rehburg/Loccum 1992; ders. (Hg.), *Lebenslauf und Geschichte. Zur historischen Orientierung im Einigungsprozeß*, Rehburg/Loccum 1993. Vgl. weiter auch die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach aus Anlaß des 50. Jahrestages der deutschen Kapitulation am 8. 5. 1995: Elisabeth Noelle-Neumann, *Der geteilte Himmel. Geschichtsbewußtsein in West- und Ostdeutschland oder Zwei Ansichten deutscher Geschichte*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. 5. 1995. – In der Schule der DDR war der Geschichtsunterricht neben der ‚Staatsbürgerkunde‘ ein ideologisches Kernfach. Er diente, wie die Geschichtswissenschaft, der Legitimation der SED-Herrschaft. Von der jeweiligen Politik in starkem Maße abhängig, sollte er den Klassenstandpunkt begründen und die ‚Liebe zum sozialistischen Vaterland‘ wecken und vertiefen. Vgl. dazu Wolfgang Protzner/Alexandra Neubauer/Christel Schuster, *Der Geschichtsunterricht in der DDR als Instrument der SED-Politik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29–30/93, S. 42–51.

⁹¹ Vgl. dazu den glänzenden Aufsatz von Arnold Esch, *Geschichte im Entstehen*.

Aufgabe helfen wird oder durch das Fehlen der kritischen Distanz unser Urteilsvermögen eher schwächt. Eines aber ist schon jetzt sicher: Die Geschichtswissenschaft hat Hochkonjunktur.

Der Historiker und die Erfahrung der Gegenwart, FAZ, 14. 7. 1990, wiederabgedruckt in: Wengst (Hg.), Historiker, S. 17–29.